

# Chile:

## Der Kampf gegen die Militärdiktatur geht weiter



Herausgegeben von der

**Sozialistischen Partei Chiles**

Koordination der Regionalkomitees (CNR)

und der

**Gruppe Arbeiterpolitik**

---

Herstellung und Vertrieb:

---

GESELLSCHAFT  
ZUR FÖRDERUNG DES STUDIUMS DER  
ARBEITERBEWEGUNG e.V.  
Postfach 15 02 47 - 2800 Bremen 15

---

---

# Inhalt

Vorwort	Seite 3
"DER KAMPF IN CHILE IST TEIL DES KAMPFES IN GANZ LATEINMAERIKA" Gespräch mit einem Vertreter der Sozialistischen Partei Chiles (CNR) in der BRD	Seite 9
Bericht von einer Reise nach Chile (Anfang 1980)	Seite 45
Parteienstiftungen in der BRD und die Aktivitäten der Hanns-Seidel-Stiftung der CSU in Chile	Seite 77

---

# Vorwort

In der BRD - ebenso wie anderswo - hat die Solidaritätsbewegung mit den von der Militärdiktatur vorläufig niedergerungenen chilenischen Massen stark nachgelassen. Für diesen Rückgang gibt es verschiedene Gründe.

Im Verlauf der Klassenkämpfe in Lateinamerika sind die Volksmassen und Arbeiterklassen anderer Länder in den Vordergrund getreten, die der Aufmerksamkeit und solidarischen Unterstützung bedurften und bedürfen. An erster Stelle ist hier der siegreiche Kampf der von der Sandinistischen Befreiungsfront (FSLN) geführten Volksmassen Nicaraguas zu nennen. Gegenwärtig sind es besonders die Landarbeiter, Bauern und Massen der städtischen Armut in El Salvador, aber auch in Guatemala, die in ihrem bewaffneten Kampf gegen die - von den USA gestützten - Militärdiktaturen ihrer Länder auf praktische Solidarität angewiesen sind. In anderen Ländern haben sich die Klassenkämpfe verschärft: In Bolivien konnte sich die Armee vorläufig mit blutigem Terror gegen den Widerstand der Arbeiter und Bauern durchsetzen; in Brasilien geht der Kampf der Arbeiterklasse um gewerkschaftliche und politische Freiheit auch nach dem Streik der Metallarbeiter weiter.

Für das Nachlassen der Chile-Solidaritätsbewegung spielt aber sicher auch eine Rolle, daß der Widerstand gegen die Militärdiktatur noch keine spektakulären Erfolge erzielen konnte. Viele, die diesen Kampf hierzulande eher vom Standpunkt ihrer Hoffnungen und Wünsche als dem der gegebenen Realität in Chile betrachtet haben, haben sich enttäuscht abgewendet.

Auf der anderen Seite verstärkt die chilenische Militärdiktatur die Bemühungen, ihre Herrschaft zu festigen und nach außen respektabel erscheinen zu lassen, ohne daß sich an ihrem Wesen irgendetwas geändert hätte. Die am siebten Jahrestage ihres Putsches von der Diktatur veranstaltete "Volksabstimmung" diente diesem Zweck. Teile der bürgerlichen Öffentlichkeit in der BRD haben diesen Anlaß erneut benutzt, mit in den Chor derer einzustimmen, die die Militärdiktatur salonfähig machen wollen.

Doch die barbarische Wirtschaftspolitik zugunsten des internationalen Großkapitals und einer handvoll einheimischer Kapitalisten, die auf dem Elend der chilenischen Massen aufbaut, wird unbeirrt weitergeführt; der Terror der Mord- und Entführungskommandos hat wieder zugenommen; die politischen Parteien sind weiterhin verboten, und die Gewerkschaftsbewegung soll mit dem neuen Arbeitsstatut (Plan Laboral) geknebelt und handlungsunfähig gemacht werden. Trotz alledem: Auch nach über sieben Jahren Militärdiktatur ist der Widerstand nicht tot! Der Kampf zum Sturz Pinochets geht weiter!

Über diesen Widerstand zu informieren und einen kleinen Beitrag solidarischer Unterstützung zu leisten, ist Zweck der vorliegenden Broschüre. Dabei sollen die bestehenden Schwierigkeiten keineswegs unterschlagen werden: Von einer Einheit der klassenbewußten Kräfte kann gegenwärtig in Chile nicht gesprochen werden. Die chilenische Linke befindet sich in einer Krise.

Diese Krise kommt auch durch die Auseinandersetzungen in der Sozialistischen Partei Chiles zum Ausdruck, jener Partei, die im Rahmen des Bündnisses der Unidad Popular (Volkseinheit) über das größte Wählerpotential verfügte und in der Arbeiterklasse stark verankert war. Die Gegensätze in der Partei waren schon vor dem Militärputsch vorhanden, ihre Entwicklung wurde jedoch durch die Bedingungen der Illegalität und durch den Terror, dem führende Genossen zum Opfer fielen, beschleunigt.

Die Sozialistische Partei Chiles / Koordination der Regionalkomitees (PS / CNR) ist als ein Resultat aus diesen fraktionellen Auseinandersetzungen hervorgegangen. Die Kritik an der Auslandsführung der PS mit Carlos Altamirano an der Spitze, die Ablehnung einer Unterordnung unter die außenpolitischen Interessen des sozialistischen Lagers oder die bürgerliche Politik der internationalen Sozialdemokratie sowie die Kritik der sich abzeichnenden Bündniskonzepte gegenüber bürgerlichen Kräften führten schließlich zum organisatorischen Bruch der PS/CNR mit der restlichen Partei.

1979 wurde Altamirano selbst von einer knappen Mehrheit des Auslandssekretariats der Sozialistischen Partei (mit Sitz in Berlin/DDR) ausgeschlossen und Clodomiro Almeyda, ehemaliger Außenminister der Unidad Popular, zum neuen Generalsekretär bestimmt. Der Flügel der PS um Almeyda folgt grundsätzlich dem Kurs der Kommunistischen Partei Chiles, die in der Christdemokratischen Partei den Hauptbündnispartner sieht und als Etappenziel darauf hofft, daß unter deren Führung eine bürgerliche Demokratie errichtet werden kann. Deshalb müsse die Linke - so Almeyda - auch bereit sein, durch einen mehrjährigen "Sozialfrieden" diesen Weg dem Bürgertum schmackhaft zu machen. Altamirano, der diese Politik nicht mittragen wollte und inzwischen nach Holland übergesiedelt ist, hat heute einen ideologisch uneinheitlichen Kreis um sich gesammelt.

Auch die klar sozialdemokratischen Teile der PS haben sich organisatorisch verselbständigt. Sie haben jede Klassenposition über Bord geworfen und streben unter Ausschluß der linken Kräfte ein direktes Bündnis mit den Christdemokraten an. Dafür hoffen sie, die Unterstützung durch die internationale Sozialdemokratie zu erhalten.

Alle genannten Strömungen haben Vertretungen im Ausland und stützen sich auf einen Teil der inländischen Basis, ohne daß hier zahlenmäßige Vergleiche möglich wären. Allerdings gibt es in Chile eine Reihe von sozialistischen Gruppen, die keiner der genannten Richtungen zuzuordnen sind.

Die Frage der Bündnispolitik gegenüber bürgerlichen Kräften steht im Zentrum der Auseinandersetzungen innerhalb der chilenischen Linken. Die PS/CNR tritt in diesem Zusammenhang die These der "Arbeiterfront". Damit ist ein strategisches Bündnis unter Führung der Arbeiterklasse gemeint, das auch die "mittleren Sektoren" in der Stadt und auf dem Land einschließen soll. - Wie angedeutet bemühen sich andererseits die KP und der Almeyda-Flügel der PS um ein Bündnis mit der Christdemokratischen Partei - bisher freilich erfolglos.

Die Genossen der PS/CNR haben diese Bündniskonzeption von Anfang an bekämpft. Pedro Vuskovic, ehemaliger Wirtschaftsminister der Unidad Popular und der bekannteste Führer der PS/CNR erklärte 1976, daß sich jede Bündnispolitik auf die Stärke der Arbeiterklasse gründen muß, auf ihre Bereitschaft, für die eigenen Ziele zu kämpfen. Programmatische Zugeständnisse und Zurückhaltung im Kampf für die Interessen der Arbeiter kämen nur den bürgerlichen Kräften zugute.<sup>4)</sup> In einer Stellungnahme der Inlandsorganisation der PS/CNR zur Bündnispolitik der KP und des Almeyda-Flügels hieß es Anfang 1980:

"In einem solchen Bündnis werden die Spielregeln von der Bourgeoisie diktiert, die selbstverständlich in Richtung einer bürgerlichen Demokratie steuert. ... Nach unserer Auffassung hat die Arbeiterklasse einen Hauptgegner: die Bourgeoisie. Die Bourgeoisie hat die Diktatur errichtet, um die Krise zu überwinden, die sie gezwungen hat, ihre Politik mit militärischen Mitteln weiterzuführen. Nach unserer Meinung ist die einzige Form wirklicher Demokratie die demokratische Diktatur des Proletariats. Aus diesem Grund wollen wir nicht den Widerspruch zwischen Demokratie und Diktatur lösen, wir versuchen stattdessen, den Hauptwiderspruch unserer Gesellschaft zu lösen: den zwischen Sozialismus und reaktionärer Diktatur. Dabei verzichten wir keineswegs auf den legalen Spielraum, den das demokratische Bürgertum den Generälen entreißen kann." (Chile, Mai 1980)

Am Vorabend der faschistischen Diktatur war die kommunistische Opposition in Deutschland vor dem Hintergrund der Erfahrungen der deutschen Arbeiterbewegung zu ähnlichen Einschätzungen gekommen. August Thalheimer schrieb 1932:

"Das Bündnis mit dem 'gemäßigten' Flügel der Bourgeoisie ist nur zu haben und aufrechtzuerhalten, indem die

---

<sup>4)</sup> Pedro Vuskovic, America Latina: Que sigue al Fascismo, Mexico D.F. 1976, deutsch: Die Sozialistische Partei Chiles und der Kampf Lateinamerikas, Bonn 1977

---

Arbeiterklasse die wirtschaftlichen Interessen preisgibt, indem sie auf die Abwehr des Kapitalangriffs verzichtet. Aber nur die Verbindung der Verteidigung der politischen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse kann ihrem Kampf die nötige Schwungkraft verleihen, kann die gesamte Masse der Werktätigen in diesem Kampf hineinziehen und der faschistischen Demagogie die Wirkung auf Teile der Arbeiterklasse und auf das Kleinbürgertum entziehen." (August Thalheimer, Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus? 1932, S. 17)

Nach der Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland stellte die Reichsleitung der KPD(O) 1936 in einem offenen Brief an die Mitglieder der KPD und SPD fest:

"Der revolutionäre Kampf zum Sturz der faschistischen Diktatur muß gleichzeitig Kampf für den Sozialismus sein. Kampf für den Sozialismus ist aber nur möglich als Kampf für die proletarische Diktatur, er ist nicht möglich als Kampf für die Wiederherstellung der bürgerlichen Demokratie. Denn die Wiederherstellung der bürgerlichen Klassenherrschaft."

Ohne die Unterschiede zwischen den faschistischen Diktaturen in Europa und den Militärdiktaturen im heutigen Lateinamerika verwischen zu wollen, zeigen sich doch deutliche Parallelen in den Einschätzungen der KPD(O) und der Gruppe Arbeiterpolitik einerseits und der der PS/CNR andererseits.

Ein weiterer Berührungspunkt bezieht sich auf das Verhältnis zum sozialistischen Lager. Die PS/CNR lehnt die Unterordnung unter die außenpolitischen Interessen des sozialistischen Lagers ab und versucht eine unabhängige, auf die Wirklichkeit Chiles gegründete Klassenpolitik zu entwickeln. Aufgrund leidvoller Erfahrungen mit der Politik der KPdSU und der Sowjetunion waren die die Genossen der KPD(O) und der Gruppe Arbeiterpolitik zu ähnlichen Positionen gelangt.

Zwischen den politischen Auffassungen der Gruppe Arbeiterpolitik und der Sozialistischen Partei Chiles / CNR gibt es Gemeinsamkeiten und Berührungspunkte, die sich aus unterschiedlichen historischen Bedingungen und Erfahrungen entwickelt haben. Dies und die Tatsache, daß die PS/CNR bisher nur geringe Möglichkeiten hatte, ihre Positionen und Einschätzungen den klassenbewußten Kräften in der BRD bekanntzumachen, haben uns veranlaßt, die vorliegende Broschüre gemeinsam herauszugeben.



---

Das bedeutet natürlich nicht, daß die Gruppe Arbeiterpolitik jede Position und Einschätzung der PS/CNR teilt oder umgekehrt. Wir können von der BRD aus die konkrete politische Situation in Chile und die Kräfteverhältnisse der sozialen Klassen nicht gründlich und detailliert genug einschätzen. Das allein verbietet schon vorschnelle Urteile und Festlegungen. Hinzu kommt, daß die Gruppe Arbeiterpolitik seit dem Militärputsch von 1973 die Verhältnisse in Chile nicht mehr eingehend untersucht hat.<sup>+)</sup> Die hier veröffentlichten Materialien können kein Ersatz für eine historisch-materialistische Analyse sein.

Die Gruppe Arbeiterpolitik ist selbstredend offen für die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen chilenischer Sozialisten und Kommunisten. Dies ist auch im Sinn der PS/CNR, die sich als Teil des Einigungsprozesses der chilenischen Linken versteht, eines Einigungsprozesses auf dem Boden des Klassenkampfes und gestützt auf die Arbeiterklasse als führende Kraft.

Wir veröffentlichen im folgenden ein Gespräch mit einem Vertreter der PS/CNR über die Entwicklung seit dem Putsch und die Perspektiven des Kampfes gegen die Militärdiktatur. Weiterhin berichten westdeutsche Genossen über ihre Eindrücke und Beobachtungen, die sie während einer Chile-Reise Anfang 1980 gesammelt haben.

Gruppe Arbeiterpolitik  
Sozialistische Partei Chiles (CNR)

Februar 1981

- 
- <sup>+) Veröfentlichungen der Gruppe Arbeiterpolitik zu Chile:</sup>
- Analyse der Volksfrontpolitik in Chile: Chile zwischen bürgerlicher Legalität und sozialistischer Revolution; Arbeiterpolitik 3/4, 5, 6 - 1971
  - Von Lo Curro zu den Gewerkschaftswahlen, Beilage zur Arbeiterpolitik 4 - 1972
  - Die Konterrevolution kommt der Revolution zuvor - Der Militärputsch in Chile - ein Warnsignal für die Arbeiterklasse, Beilage zur Arbeiterpolitik 4 - 1973
  - Hungerstreik in Chile und im Exil - Ein Bericht chilenischer Genossen, Arbeiterpolitik 4 - 1978

---

# „Der Kampf in Chile ist Teil des Kampfes in ganz Lateinamerika“

GESPRÄCH MIT EINEM VERTRETER DER SOZIALISTISCHEN PARTEI CHILES /  
NATIONALE KOORDINATION DER REGIONALKOMITEES (CNR) IN DER BRD  
ÜBER DIE ENTWICKLUNG IN CHILE VOR UND NACH DEM MILITÄRPUTSCH UND  
DIE PERSPEKTIVEN DES KAMPFES GEGEN DIE MILITÄRDIKTATUR

Das Gespräch wurde Mitte und Ende 1980 geführt.

Der Putsch der chilenischen Militärs am 11. September 1973, die Beseitigung der Regierung der Unidad Popular<sup>+)</sup> und die Ermordung des sozialistischen Präsidenten Allende stellten einen tiefen Einschnitt für die Entwicklung in Eurem Land, besonders für die Arbeiterbewegung, dar. Der Putsch kam nicht über Nacht, er hatte seine Voraussetzungen. Welche allgemeine politische Situation war vor dem Putsch gegeben?

Die Situation muß im Rahmen des vom US-Kapital abhängigen Kapitalismus in Lateinamerika in den letzten Jahrzehnten analysiert werden. Wir können mit der kubanischen Revolution 1959 beginnen, die für den nordamerikanischen Imperialismus und seine nationalen Verbündeten ein sehr harter und bisher - von Nicaragua abgesehen - einzigartiger Schlag war. Nach dem Sieg der kubanischen Revolution hat sich das Verhalten der USA gegenüber Lateinamerika geändert, es wurde eine andere Politik entwickelt. Früher hieß es, daß Lateinamerika zusammen mit Nordamerika sich gegen einen Feind von außen verteidigen müßte, zuerst gegen den Faschismus, später gegen den Kommunismus. Seit der kubanischen Revolution geht es für die USA darum, den inneren Feind zu bekämpfen. Auf militärischer Ebene bedeutet das, daß die USA bestrebt sind, die lateinamerikanischen Armeen für den Kampf gegen diesen inneren Feind auszubilden, z.B. an den berüchtigten Schulen in Panama und in den USA selbst. Weiterhin wurde die Ausrüstung der lateinamerikanischen Armeen mit Hilfe der USA auf die Erfordernisse des Kampfes gegen den inneren Feind umgestellt. Auf politischer Ebene reagierten die USA unter Kennedy mit Reformversuchen und der Bildung der 'Allianz für den Fortschritt' auf die kubanische Revolution. Durch den Abbau der krassesten sozialen Unterschiede sollte bei den Massen das Entstehen von politischem Bewußtsein verhindert werden. Damit sollte die Bereitschaft gesichert werden, gegen den inneren Feind zu kämpfen.

In diesem Zusammenhang muß auch gesehen werden, daß die Militärputsche in Lateinamerika seit dem in Brasilien 1964 eine andere Stoßrichtung haben als frühere Interventionen des Militärs in das politische Geschehen. Früher handelte es sich hauptsächlich darum, Widersprüche innerhalb der herrschenden Klasse zu

---

<sup>+) Die Unidad Popular (Volkseinheit) war ein Bündnis von Sozialistischer Partei, Kommunistischer Partei, des linkskatholischen MAPU, der kleinbürgerlichen Radikalen Partei und anderen, kleineren Organisationen.</sup>

lösen, während seit 1964 das Entstehen und Erstarren von Massenbewegungen verschiedener Art verhindert werden sollte. Am deutlichsten wird dies am Beispiel der Entwicklung Chiles, aber auch Brasilien 1964, Bolivien 1971, Uruguay 1973 und Argentinien 1976 liegen auf dieser Ebene.

Bei dem Putsch in Chile spielten zwei Faktoren eine besondere Rolle: Erstens der externe Faktor, der durch die Interessen des Imperialismus bestimmt ist und zweitens die interne Situation der Bourgeoisie in Chile, deren Interessen durch die Regierung Allende bedroht waren. Diese beiden Elemente müssen immer zusammen betrachtet werden. Außerdem war der kapitalistische Akkumulationsprozeß in Lateinamerika in dieser Phase schon in eine Krise geraten.

## Die Periode der Unidad Popular

Der Wahlerfolg des Parteienbündnisses der Unidad Popular und die folgende Regierungszeit des Präsidenten Allende wurden bei uns von allen politischen Kräften mit großem Interesse verfolgt. Bei den Linken in Westdeutschland reichten die Einschätzungen von vorbehaltloser Zustimmung bis zu der These, daß das Scheitern der UP-Regierung von vornherein festgestanden habe. - Wie schätzt Ihr heute rückblickend die Periode der UP-Regierung ein? Wo lagen ihre Grenzen?

Die Regierung der Unidad Popular war ein Ausdruck des Kampfes der chilenischen Arbeiter, der eine lange geschichtliche Entwicklung hat. Der Wahlsieg, der die höchste Stufe dieses Kampfes bildete, machte zugleich auch dessen Grenzen deutlich: Der Sieg der Unidad Popular beweist zwar einerseits, daß es möglich ist, eine Wahl innerhalb des bürgerlichen Systems zu gewinnen, er zeigt aber andererseits auch, daß es auf diese Weise nicht möglich ist, den Sozialismus aufzubauen. Die Unidad Popular hat das zentrale und entscheidende Problem der Machtfrage nicht gelöst. Sie hat einen Teil des Staatsapparats besetzt und von da aus versucht, die ganze Macht zu erobern. Dieser Prozeß hat sich als sehr schwierig erwiesen; es handelt sich hierbei um ein Problem der politischen Führung.

Der Wahlsieg war mit einer großen Massenmobilisierung verbunden. An diesem Prozeß mußten alle linken Kräfte in der

---

einen oder anderen Weise teilnehmen. Sie trugen eine große Verantwortung, aber die gesamte Linke ist letztlich daran gescheitert, daß dieser Prozeß nicht in Richtung auf eine wirkliche Machtübernahme durch die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten weiterentwickelt wurde. Es wurde deutlich, daß es - jedenfalls unter den heutigen Bedingungen - nicht möglich ist, von einem bürgerlichen Staatsapparat Teile abzuschneiden wie bei einer Wurst und auf diese Weise die Macht zu übernehmen. Das Problem war, daß die Machtfrage von der Arbeiterklasse nicht gestellt und von der Unidad Popular auch nicht gelöst wurde. Rückblickend kann man heute sagen, daß es ein großer politischer Fehler der Linken gewesen wäre, wenn sie sich außerhalb dieses Prozesses der Massenmobilisierung gestellt hätte, denn dieser Prozeß hatte im Kampf der chilenischen Arbeiterklasse seine Grundlage. Es wäre unsere Aufgabe gewesen - bei der auch wir versagt haben - eine alternative Führung in diesem Prozeß zu entwickeln.

Es ist behauptet worden, die Regierung der Unidad Popular habe sich mit Blick auf die bürgerlichen Kräfte und die Armeeführung selbst gegen eine breitere Massenmobilisierung gestellt. Kannst Du das bestätigen, und wie stellt sich in diesem Zusammenhang das angesprochene Problem der politischen Führung?

Das ist ein sehr schwieriger Punkt. Der Prozeß der Massenmobilisierung war unabhängig von der Regierung, er ging sicherlich sehr oft über den Rahmen der Regierung und der Regierungsparteien hinaus. Und hier stellt sich wieder das Problem der politischen Führung. Nach unserer Meinung ist es nicht möglich, daß spontane Massenbewegungen zur Entwicklung der sozialistischen Revolution führen können, sondern gerade in dieser Phase ist die Führung notwendig. Weiterhin ist die Regierung nicht als ein einheitliches abstraktes Ganzes zu betrachten. Es gab neben der offiziellen Regierungslinie des chilenischen Weges zum Sozialismus auch noch andere Linien. Aber es ist anderen politischen Kräften, auch uns als dem linken Flügel der Sozialistischen Partei, nicht gelungen, eine alternative Führung zu entwickeln.

In entscheidenden Momenten zeigte sich, daß bei den Massen schon ein sehr hoher Bewußtseinsstand vorhanden war, konkret in der Krise im Oktober 1972, als von der Bourgeoisie der Versuch unternommen wurde, die Wirtschaft lahm zu legen. Damals ist es über die eigenständige Organisation der Massen gelungen, die Wirtschaft in Gang zu halten. Dabei tauchte das Problem der Führung in aller

Schärfe auf. Sicherlich war es nicht das einzige Problem, auch andere Elemente spielten eine Rolle. Auch hatten nicht die gesamten Massen in Chile ein ausgeprägtes sozialistisches Bewußtsein. Aber man muß die Rolle der Führung unter anderem so verstehen, daß sie dieses Bewußtsein aus den Erfahrungen der Klasse heraus weiterentwickelt. Aus diesem Grund sind wir der Meinung, daß die fehlende Führung, die eine Alternative zum Reformismus dargestellt hätte, das zentrale Problem war.

In Deiner Einschätzung ist das Fehlen einer revolutionären Führung das zentrale Problem. Wenn aber die Massen noch nicht bereit sind oder nicht die Kraft finden, ihre sozialen und politischen Errungenschaften notfalls auch mit Gewalt zu verteidigen, kann auch eine entschlossene revolutionäre Führung diese Schranke nicht überspringen. Versuche, eine alternative politische Kraft gegenüber dem Bündnis der Unidad Popular zu etablieren, hatten keinen Erfolg, und dieses Scheitern hatte zweifellos nicht nur subjektive Ursachen.

War die Unidad Popular mit all ihren Illusionen über einen friedlichen Weg zum Sozialismus nicht auch ein Ausdruck des Bewußtseins großer Teile der chilenischen Arbeiterklasse, die eben diese Illusionen und Hoffnungen teilten?

Ihr habt sicher in einer Hinsicht völlig recht. Die Unidad Popular war das Produkt der historischen Entwicklung der Kämpfe der chilenischen Arbeiterklasse. Diese Kämpfe spielten sich hauptsächlich auf der Ebene der Sozialreformen ab, wodurch die chilenische Arbeiterklasse geprägt wurde. Trotz allem muß man in diesem Zusammenhang die Rolle der Partei, der revolutionären Partei, und ihr dialektisches Verhältnis zu den Massen genau untersuchen.

In der Periode der Unidad Popular haben sich die Klassenkämpfe in Chile sehr verschärft. Die Massen machten konkrete Erfahrungen, in denen z.B. die Grenzen der bürgerlichen Legalität deutlich wurden. Eine wirkliche Avantgarde hätte imstande sein müssen, diese Erfahrungen zu verarbeiten, um real eine Führungsrolle zu spielen. Es handelt sich dabei nicht um eine statische Situation - die Unidad Popular als Widerspiegelung des Massenbewußtseins - , sondern um einen Prozeß, in dem eine revolutionäre Organisation eine konkrete Rolle spielen muß. Dies vor allem, wenn man davon ausgeht, daß die revolutionäre Organisation eine aktive Rolle im Bewußtseinsbildungsprozeß spielt. Das ist der Grund, warum wir - auch selbstkritisch - der Frage der politischen Führung so große Bedeutung zumessen.

---

Wir stellen diese Frage sicher auch vor dem Hintergrund unserer Erfahrungen in der BRD. Es hat in der Folge der Studentenbewegung Ende der sechziger Jahre eine Reihe von Gruppen gegeben, die sich selbst zur Avantgarde des Proletariats ernannt haben, ohne daß dafür die Voraussetzungen gegeben waren. Das Problem, aus der wirklichen Klassenbewegung diese Vorhut der Arbeiterklasse zu entwickeln, wurde damit nicht gelöst, eher sogar gehemmt.

Du hast bereits angedeutet, daß weder die Unidad Popular noch Eure Partei, die Sozialistische Partei Chiles, als unterschiedslose Einheiten betrachtet werden können. Um welche Fragen drehen sich die inneren Auseinandersetzungen?

Innerhalb der Unidad Popular und auch innerhalb unserer Partei waren sämtliche Strömungen der chilenischen Linken vertreten. Es gab zwei grundsätzliche Positionen: Die Anhänger der einen meinten, daß man den bürgerlichen Staat verändern könnte, bzw. daß dieser sich selbst verändern würde, wenn man einen Weg ginge, der immer weiter über die existierende, selbst veränderte Legalität führte, bis hin zum Sozialismus. Die Vertreter der anderen Position, zu denen Vertreter verschiedener Parteien, auch Teile unserer Partei, gehörten, meinten, daß dies nicht möglich wäre, gerade weil die Unidad Popular Maßnahmen ergriffen hatte, die die Interessen der Großbourgeoisie bedroht hatten, sei es auf der Ebene der Agrarreform, des Bankwesens oder der Verstaatlichung der Bodenschätze, wo auch internationale Interessen berührt wurden, sei es auch im Industriebereich,

Ohne den Begriff 'revolutionär' hochzuspielen, kann gesagt werden, daß die revolutionären Teile der Parteien und auch der Unidad Popular insgesamt schon sehr früh und sogar schon vor dem Wahlsieg deutlich gesehen haben, daß in dem Moment, wo diese konkreten Interessen angegriffen würden, die Bourgeoisie auf jede mögliche Art und Weise diese Interessen verteidigen würde, wie sie es ja auch getan hat. Es ist also nicht richtig, wenn manche Genossen die Regierung der Unidad Popular leichtfertig abtun und sagen, sie habe bloß das Bürgertum verteidigt. Wenn das nämlich so gewesen wäre, dann hätte es in Chile keinen Putsch gegeben. Der Putsch hatte unter anderem seine Ursache darin, daß die Interessen des Bürgertums und des Imperialismus bedroht waren. Auch wenn es die Strategie der Unidad Popular war, den Staat auf friedliche Art und Weise zu verändern und wir diese Strategie für falsch hielten, so bedeutet das nicht, daß keine konkreten Interessen durch die Maßnahmen der Unidad Popular getroffen worden wären.

---

Die UP-Regierung hat praktisch bis zum Schluß gehofft, daß sich die chilenische Armee als verfassungstreu und demokratische Kraft erweisen würde. In den letzten Monaten vor dem Putsch versuchte man verzweifelt, zumindest Teile der Armee an der Regierung zu beteiligen. Wie habt Ihr diese Bemühungen beurteilt?

Es gab immer wieder Teile der Unidad Popular, die versuchten, wenigstens Teile der Armeeführung in diesen Prozeß einzubeziehen. Man hat krampfhaft sogenannte fortschrittliche Generäle gesucht, von denen es ja durchaus einige gab, beispielsweise General Prats, der nach dem Putsch in Argentinien ermordet wurde. Aber als soziales Phänomen waren diese Kräfte so schwach, daß sie keinen Einfluß auf das Geschehen hatten. Diese krampfhafte Suche nach fortschrittlichen Generälen war zweifellos ein Fehler. Denn deswegen wurde innerhalb der Truppe eine Arbeit vernachlässigt, die einen ganz anderen Klassenursprung hat: Wenn man bei den einfachen Soldaten einen politischen Prozeß zu entwickeln versuchte, stieß man immer wieder auf Einwände der politischen Führung der Unidad Popular, die darin eine Provokation der möglicherweise fortschrittlichen Generäle sah. Diejenigen Kräfte, die innerhalb der UP in der Mehrheit waren, haben das Militär falsch eingeschätzt; sie glaubten, durch ein paar Generäle mehr auf ihrer Seite hätte der Putsch verhindert werden können.

Bei der Einschätzung einzelner hoher Militärs hat man sich öfter geirrt, ich denke da z.B. an German Brady, der als fortschrittlicher Militär galt und zum Schluß zu denen gehörte, die den Putsch vorantrieben hatten. Auch von Pinochet hat man geglaubt, er sei verfassungstreu.

In den letzten Monaten vor dem Putsch wurden von der Armee Aktionen gegen die linken Kräfte durchgeführt, es fanden Hausdurchsuchungen, Beschlagnahme von Waffen und Verhaftungen statt. Hat die UP-Regierung diese Aktionen im Interesse der Zusammenarbeit mit den Militärs toleriert oder sogar unterstützt?

Zu dem Zeitpunkt, als diese Aktionen durchgeführt wurden, war die Regierung bereits sehr schwach. Sie hatte nicht mehr die Kontrolle über das Militär, das Hausdurchsuchungen usw. durchführte. Das Waffenkontrollgesetz wurde im Kongreß unter Nichtteilnahme eines Teiles der linken Abgeordneten verabschiedet; ich erinnere mich nicht mehr so genau daran, sicher ist das ein anekdotischer Aspekt der Geschichte. Tatsache ist aber, daß die Regierung insbesondere nach dem ersten Putschversuch am 29. Juni 1973 nicht mehr in der Lage war, das Verhalten des Militärs zu kontrollieren. Man kann also nicht



sagen, daß die Regierung die Durchsuchung der Fabriken gefördert hätte, denn die Regierung war in dieser Phase nicht mehr in der Lage, das Militär zu kontrollieren. Dieser Aspekt ist sehr wichtig für die richtige Einschätzung des Putsches vom 11. September 1973. Der Putsch war kein plötzliches, überraschendes Ereignis, sondern er war das Ergebnis eines Prozesses der zunehmenden Schwächung der Regierung gegenüber dem Militär.

Während der Unidad Popular Periode haben die Arbeiter einer großen Kupfermine gestreikt, die UP-Regierung hat dagegen Stellung genommen. Manche haben das bei uns als Beweis für die These angesehen, daß die Unidad Popular im Interesse der Zusammenarbeit mit bürgerlichen Kräften die Interessen der Arbeiter zurückstellt.

Jede linke Organisation muß die Interessen der Arbeiterklasse als Gesamtheit wahrnehmen. Die Kupferarbeiter waren innerhalb der chilenischen Gesellschaft privilegiert. In diesem Zusammenhang muß der Versuch der Kupferarbeiter gesehen werden, höhere Löhne zu erlangen. Der Unterschied zwischen dem Einkommen eines Kupferarbeiters und eines Kohlearbeiters war ungeheuer groß; man muß sehen, was das für die Gesamtheit der Arbeiterklasse bedeutete.

Es gibt innerhalb der Arbeiterklasse unterschiedliche Interessen, aber es wäre falsch, die Kupferarbeiter wegen ihrer privilegierten Stellung als reaktionär abzustempeln. Hier wäre eine viel gründlichere politische Arbeit nötig gewesen. Die Kupferarbeiter haben unter der Regierung Allende für ihre ökonomischen Interessen gekämpft, sie waren deswegen nicht reaktionär, aber sie gerieten in einen Widerspruch zur Regierung und zu den politischen Organisationen, die die Gesamtheit der Interessen der Arbeiterklasse im Auge behalten mußten.

Ein anderes Beispiel waren die großen verstaatlichten Betriebe. Im Interesse der Arbeiterklasse wäre es nötig gewesen so viele Arbeitskräfte wie möglich dort zu beschäftigen. Aber das hätten die Arbeiter in diesen Betrieben nicht verstanden. Ähnliche Probleme gab es bei der Arbeitszeitverkürzung, wo ebenfalls Arbeitslose und die Arbeiter in den Betrieben unterschiedliche Haltungen einnahmen. Auf einer anderen Ebene zeigte sich das gleiche Problem auch bei den relativ privilegierten Kupferarbeitern. Natürlich haben dann reaktionäre Kräfte, die Christdemokraten und andere rechte Gruppen, den Streik der Kupferarbeiter unterstützt.

---

Bleiben wir zunächst noch einmal bei den unterschiedlichen Strömungen innerhalb der Massenbewegung. Vorhin hast Du daraufhingewiesen, daß nur Teile der Arbeiterklasse eine klare revolutionäre Orientierung hatten. In einer solchen Situation ist es zweifellos eine entscheidende Aufgabe, die revolutionären Kräfte mit den kämpferisch reformistischen im Kampf um konkrete Ziele zu verbinden. Wie wurde dieses Problem von den politischen Organisationen gesehen und wie wurde versucht, es zu lösen?

Es gab keine ausformulierten Theorien, aber die praktische politische Arbeit zielte darauf, neue Organisationsformen zu entwickeln. Im Industriegürtel um Santiago wurde versucht, über die lokalen Organisationen eine Bündnispolitik zu entwickeln, die eine Zusammenarbeit zwischen den Arbeitern aus den Fabriken und anderen Teilen der Bevölkerung bis hin zur Landbevölkerung und den Studenten beinhaltete. Es hat sich über diese neuen Organisationen ein Bündnis entwickelt, das auch unter den heutigen Bedingungen eine Rolle spielt. Zumindest bietet es die Möglichkeit, eine Verbindung zwischen den bewußteren Teilen der Arbeiterschaft und anderen Bevölkerungsteilen herzustellen. In den Auseinandersetzungen standen auf der einen Seite die Vertreter des 'chilenischen Weges zum Sozialismus', die von der Annahme eines sich selbst verändernden Staates ausgingen, auf der anderen Seite standen die Vertreter der Linie, daß früher oder später ein revolutionärer Kampf notwendig sein würde, ebenso wie die wirkliche Zerstörung des bürgerlichen Staates. Das klingt sehr abstrakt, aber man kann die Bedeutung dieser beiden Linien in jeder konkreten Situation nachweisen, wo diese Unterschiede zum Ausdruck kamen.

Ein zentrales Problem war unserer Meinung nach die Frage der Beteiligung der Arbeiter in den staatlichen Betrieben, nicht zu verwechseln mit der deutschen Form der Mitbestimmung. Für die Genossen der Kommunistischen Partei war das Hauptziel bei der Beteiligung der Arbeiter an der Betriebsführung die Erhöhung der Produktion. Sie gingen davon aus, daß sich das Arbeitsklima verbessern würde, wenn der Druck der Bosse verschwunden wäre und daß sich dann auch die Produktion erhöhen würde. Diese Auffassung führte zu der berühmten 'Schlacht um die Produktion', sie paßt in den Rahmen des Konzeptes der institutionellen Veränderungen.

Im Gegensatz dazu betrachteten wir die Beteiligung der Arbeiter (participación) als Keim einer entstehenden Volksmacht (poder popular). Für uns bestand das zentrale Problem nicht darin,

---

ob ein paar Kilo mehr oder weniger von etwas produziert wurden, sondern es kam darauf an, diese Beteiligung in den Betrieben zu Keimen einer Volksmacht zu entwickeln, von wo aus die nächsten Schritte erfolgen sollten. Die Organisierung des Industriegürtels um Santiago, an der Arbeiter aus verstaatlichten und privaten Betrieben beteiligt waren, gehört in diesen Zusammenhang. Dieser Organisationsansatz war ein wichtiger Ausgangspunkt; der linke Flügel der Sozialistischen Partei war im Industriegürtel besonders aktiv.

Es gab eine Reihe von konkreten Beispielen, in denen die beiden unterschiedlichen Linien zum Ausdruck kamen. Das wurde in den Diskussionen in den Betrieben deutlich, und es gab auch in unserer Partei in diesem Zusammenhang unterschiedliche Einschätzungen.

## Der Putsch und die Entwicklung danach

Bis jetzt haben wir über die Entwicklung vor dem Militärputsch und über die Probleme, die sich damals den klassenbewußten Kräften in Chile stellten, gesprochen.

Waren die linken Organisationen eigentlich auf eine mögliche Intervention des Militärs vorbereitet?

Die Linken waren auf diesen Putsch nicht vorbereitet. Das betrifft alle, auch diejenigen, die wie wir glaubten, daß der Putsch früher oder später kommen müsse. Daraus ergibt sich, daß der Putsch für alle Parteien sehr große Verluste mit sich gebracht hat. Die Führungen der meisten Parteien wurden entweder ermordet oder mußten ins Ausland gehen, nur sehr wenige konnten sich weiter in Chile aufhalten, um den Widerstand zu organisieren. Das war ein entscheidender Punkt von dem alle Organisationen mehr oder weniger betroffen waren. Die Führer des MIR<sup>+</sup>), die zumindest anfangs zum großen Teil im Land geblieben sind, haben einige Monate später die Repression sehr stark gespürt. Es gibt heute keine Partei, die noch einen Generalsekretär aus der Zeit vor dem Putsch in Chile hat. Das be-

---

<sup>+</sup>) Movimiento de Izquierda Revolucionario (Bewegung der revolutionären Linken)

trifft aber nicht nur die Generalsekretäre, sondern große Teile der Führungen aller Parteien. Da alle ungenügend vorbereitet waren, war der Putsch für alle ein harter Schlag, und deswegen hat sich der Widerstand unter sehr schweren Bedingungen nur langsam entwickelt.

In der BRD - aber auch anderswo - gab es viele, die sich mit der Entwicklung in Chile identifizierten und oft auch ihre eigenen Wünsche und Hoffnungen mit der tatsächlichen Entwicklung verwechselten. Als sich abzeichnete, daß der chilenische Widerstand die Militärdiktatur kurzfristig nicht würde stürzen können, breitete sich Enttäuschung aus.

Wie würdest Du heute rückblickend Eure Einschätzung der Kräfteverhältnisse vor dem Putsch beurteilen?

Ich weiß nicht genau, wie die chilenische Situation damals unter den Linken im Ausland eingeschätzt wurde. Unsere Einschätzung war verhältnismäßig realistisch. Wir waren uns bewußt, daß wir nicht in der Lage sein würden, einem Militärputsch effektiven Widerstand entgegenzusetzen. Zu dieser Einschätzung kamen wir angesichts des Organisationsgrades der Linken auf allen Ebenen, die militärische eingeschlossen. Andere Gruppen der Linken, darunter auch die Kommunistische Partei, sahen die Gefahren eines Putsches nicht, sie bereiteten sich sogar noch kurz vor dem Putsch auf die nächsten Präsidentschaftswahlen vor. Die Genossen des MIR hatten die Notwendigkeit der militärischen Vorbereitung deutlich formuliert, aber auch sie schätzten in der ersten Phase der Repression die Lage zu optimistisch ein, auch sie waren auf die Situation nicht genügend vorbereitet.

Wenn man von den Kreisen absieht, die sich an der DKP bzw. der chilenischen KP orientierten, spielte der MIR in den Einschätzungen der westdeutschen Linken eine große Rolle, sozusagen als Symbol einer unverfälscht revolutionären Perspektive. Die Losung 'Waffen für den MIR' war ein Ausdruck dieser Stimmung, wie sie beispielsweise bei der zentralen Solidaritätsdemonstration in Frankfurt im September 1974 herrschte, an der sich 30 000 Menschen beteiligten.

Die Selbstdarstellung des MIR bewirkte, daß man insbesondere seinen Einfluß in der Arbeiterklasse überbewertet hat. Zahlen sind zwar nicht das Wichtigste für Revolutionäre, aber der Stimmenanteil des MIR bei den Wahlen für den zentralen Gewerkschaftsverband spiegelt wider, was die Arbeiter selbst meinten. Dabei zeigte es sich, daß der Einfluß dieser Organisation sehr gering war. Das bedeutet sicher nicht, daß der MIR immer Unrecht hatte. Aber abgesehen davon, daß

man ihn als das kritische Bewußtsein der Unidad Popular bezeichnen könnte, war seine politische und soziale Bedeutung geringer, als oft behauptet wurde.

Bei ihrer Analyse der UP-Periode neigten die Genossen des MIR dazu, von zwei Strategien zu sprechen: Die der KP war immer falsch, die des MIR war immer richtig. Dabei wurde vernachlässigt, welche Rolle andere Organisationen gespielt haben, Organisationen, die viel stärker in der chilenischen Arbeiterklasse verankert waren. Dazu zählte die Sozialistische Partei, vor allem ihr linker Flügel - trotz aller inneren Probleme, die es auch schon damals gab. Auch andere Organisationen wie z.B. der MAPU waren, wenn auch auf relativ niedrigem Niveau, stärker als der MIR in der Arbeiterklasse verankert.

Unabhängig davon ist der MIR für uns eine der Organisationen, mit denen wir viele Einschätzungen teilten und teilen. Auch hier gibt es aber eine widersprüchliche Entwicklung: Vor einiger Zeit ging der MIR ein enges Bündnis mit der Unidad Popular<sup>\*)</sup> ein. Aufgrund unterschiedlicher Einschätzungen eines solchen Bündnisses entfernten sich unsere Organisationen zeitweise voneinander. Heute scheint es wieder möglich zu sein, diesen Zustand zu überwinden.

Der Militärputsch war nicht nur politisch ein tiefer Einschnitt. Wirtschaftlich markiert er den Beginn eines völlig anderen Entwicklungskonzeptes, das ausschließlich am Großkapital und der Integration in den Weltmarkt orientiert ist. Wie hat sich dieses Konzept auf die Lage der gesellschaftlichen Klassen ausgewirkt?

Wir haben keine tiefgreifende Klassenanalyse nach dem Putsch erstellt, aber einige Punkte lassen sich nennen. Die Wirtschaftspolitik der Junta hat dahin geführt, daß sich eine große Konzentration des Reichtums und des Besitzes in Chile entwickelt hat. Große Teile der besitzenden Mittelklasse, also viele Klein- und Mittelbetriebe, haben bankrott gemacht oder sind vom Ruin bedroht. Diese Leute sind in eine sehr schwierige wirtschaftliche Situation geraten, was aber nicht bedeutet, daß sie jetzt ein klares antikapitalistisches Klassenbewußtsein entwickeln würden. Gleichwohl ist es eine Tatsache, daß die besitzende Mittelklasse verarmt. Hinzu kommt, daß die Angehörigen der nichtbesitzenden Mittelklasse, die im Staatsapparat be-

<sup>\*)</sup> Die Unidad Popular besteht auch nach dem Putsch als Parteienbündnis im Untergrund und vor allem im Exil weiter, im wesentlichen getragen von der KP und dem prokommunistischen Flügel der PS.

schäftigt sind, von Arbeitslosigkeit bedroht sind, weil die Junta bemüht ist, die Staatsausgaben zu senken.

Aber am härtesten treffen die Auswirkungen dieser Wirtschaftspolitik große Teile der Arbeiterklasse, die arbeitslos wurden. Für sie ist es ungeheuer schwierig, das nackte Überleben zu sichern. Die ganze Gesellschaft polarisiert sich immer mehr in eine Gruppe von wenigen, die alles haben und die breite Masse, die immer mehr verarmt. Nach der Rücknahme der Landreform gilt das auch für die Landbevölkerung. Dieser Prozeß der Bevölkerungsverarmung darf aber nicht mit einer Proletarisierung gleichgesetzt werden, denn die verarmten Mittelschichten werden nicht zu Arbeitern, sondern sie versuchen, auf irgend eine andere Art und Weise zu überleben. Der allgemeine Verarmungsprozeß trifft die Arbeiterklasse besonders stark und führt für viele zum Abstieg in die gesellschaftlichen Randgruppen. Es muß noch untersucht werden, was es bedeuten kann, daß politisch und gewerkschaftlich erfahrene Arbeiter in die Randbevölkerung hineinkommen. Vielleicht können diese Genossen dort etwas von ihren Erfahrungen vermitteln; aber andererseits ist klar, daß ein Arbeiter, der eine große Zahl von Kindern zu ernähren hat, seine Kraft vor allem zum Überleben braucht und weniger für den politischen Kampf einsetzen kann. Trotzdem werden mehr als früher Verbindungen zwischen der Randbevölkerung und der Arbeiterschaft hergestellt und vielleicht ist es möglich, daß im Sinne einer revolutionären Entwicklung diesem Prozeß auch positive Elemente abzugewinnen sind.

Es gibt schließlich einen Teil der sogenannten Technokratie, der eng mit der Regierung verbunden ist, ohne selbst Besitzer von Produktionsmitteln zu sein. Die berüchtigten 'Chicago boys'<sup>+)</sup> spielen in diesem Zusammenhang eine Rolle. Es ist die technokratische Schicht, die sich an der Chicagoer Schule der Nationalökonomie orientiert, selbst keine Produktionsmittel besitzt, aber der Junta aber ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellt und sich mit dem System identifiziert. Es ist also nicht nur die Großbourgeoisie,

---

<sup>+) 'Chicago boys' sind die ökonomischen Technokraten, die sich an den Theorien der Chicagoer Schule der Nationalökonomie orientieren. Bekanntester Vertreter dieser Schule ist Milton Friedman. Er tritt für eine Verringerung des Staatseinflusses auf die Wirtschaft ein, was unter anderem staatliche Sparpolitik in unproduktiven Bereichen wie Sozialwesen usw. bedeutet. Weiterhin befürwortet er die Öffnung gegenüber und die Orientierung auf den Weltmarkt und damit verbunden den Abbau schützender Zollschränken und Importregelungen.</sup>

die ein Interesse an der Pinochet-Regierung hat, sondern ebenfalls die erwähnten Teile der zivilen Technokratie, die den Mittelschichten zuzurechnen sind.

Dieser Umstand zwingt uns, unter den gegenwärtig in Chile gegebenen Bedingungen nicht allgemein und abstrakt von den Mittelschichten zu sprechen. Man muß genau untersuchen, um welche Gruppen es sich handelt, und man darf nicht aus dem Auge verlieren, daß der objektive Prozeß der Verarmung keineswegs zwangsläufig ein revolutionäres Bewußtsein zur Folge hat. Wir halten diese Feststellung für sehr wichtig, weil es viele gibt, die alle zusammenzählen, die eigentlich Gegner der Junta sein müßten. Sicher ist die Verschlechterung der Lebensbedingungen für große Teile der Mittelschichten unbestreitbar, beispielsweise sind heute auch die Lastwagenbesitzer, die damals mit zu den treibenden Kräften im Kampf gegen die Regierung der Unidad Popular gehörten, mit der Entwicklung in Chile unzufrieden. Aber daraus kann nicht geschlossen werden, daß sie auch ein Bewußtsein für den Sozialismus entwickelt hätten.

Aus dem Reisebericht der westdeutschen Genossen<sup>+)</sup>  geht hervor, daß die Angehörigen der Mittelschicht, teilweise auch der Oberschicht, bei aller vorsichtigen Kritik die Junta grundsätzlich akzeptieren oder doch wenigstens als kleineres Übel ansehen. Die Junta wird als Garant dafür betrachtet, daß die Entwicklung in der Gesellschaft nicht nach links geht. Das Bürgertum ist von der wirtschaftlichen Entwicklung unterschiedlich betroffen: Unternehmer im spekulativen Bereich (Banken, Bauwesen u.ä.) zählen eher zu den Gewinnern, während Besitzer kleiner, auf den Binnenmarkt orientierter Fabriken (z.B. in der Textilindustrie), eher auf der Verliererseite stehen.

Was Du hinsichtlich der Widersprüche innerhalb der Bourgeoisie sagst, ist richtig. Die heutige Wirtschaftspolitik ist exportorientiert und auf die Eingliederung in den Weltmarkt ausgerichtet. Dadurch wurden die traditionellen Sektoren, insbesondere die binnenmarkt-orientierte Industriebourgeoisie, benachteiligt und geschädigt. Allerdings folgt daraus ebensowenig wie bei den Mittelschichten ein antikapitalistisches Bewußtsein. Nach unserer Meinung vertritt die Christdemokratische Partei die Interessen der benachteiligten Teile der Bourgeoisie, die aber nicht als nationale Bourgeoisie angesehen werden können, wie es von Teilen der chilenischen Linken vertreten

<sup>+)</sup>  Vgl. den 'Bericht von einer Reise nach Chile' in dieser Broschüre

---

wird. Die Einschätzung der Christdemokraten als Partei und die Beurteilung der Rolle, die sie spielen, gehören zu den zentralen Diskussionspunkten innerhalb der chilenischen Linken. Nach unserer Auffassung hat die Gegnerschaft der Christdemokraten gegenüber der Junta keinerlei antikapitalistische Stoßrichtung. Diese Feststellung ist wichtig für die Entwicklung einer linken Bündnispolitik.

## Bündnispolitik und Krise der Sozialistischen Partei

Eine Voraussetzung für eine solche Bündnispolitik ist sicher, zunächst innerhalb der Arbeiterklasse die verschiedenen Strömungen zusammenzufassen. In Eurer Bündniskonzeption spielen aber auch die 'mittleren Sektoren' oder Mittelschichten eine gewisse Rolle. Kannst Du diese Bündniskonzeption genauer erläutern?

Das Problem der Bündnispolitik hat für uns einen großen Stellenwert. Wir verstehen unter Bündnispolitik die Zusammenarbeit unterschiedlicher politischer Organisationen oder sozialer Klassen und Schichten. Dabei unterscheiden wir drei Ebenen:

- Erstens strategische Bündnisse zwischen politischen Organisationen mit ähnlichen Einschätzungen der gegebenen Wirklichkeit und ähnlichen Vorstellungen über das sozialistische Ziel. Es besteht also Einigkeit über die aktuelle Lageeinschätzung und die Zielperspektive.
- Zweitens taktische Bündnisse mit Organisationen, mit denen wir ein Stück des Weges gemeinsam gehen können, wobei aber abzusehen ist, daß der Punkt kommt, wo ein Bruch unvermeidlich wird. Das betrifft beispielsweise unsere Vorstellung von der zu schaffenden sozialistischen Gesellschaft, die sich von der der Kommunistischen Partei unterscheidet. Die Zusammenarbeit bei der gegenwärtig zentralen Aufgabe 'Sturz der Diktatur' ist ein solches taktisches Bündnis. Abgesehen von gegenseitiger Beeinflussung ist dabei klar, daß die Gemeinsamkeiten begrenzt sind.
- Drittens die punktuelle Zusammenarbeit mit anderen politischen Organisationen. Wenn sich beispielsweise die Christdemokraten heute für die Verteidigung der Menschenrechte einsetzen, werden wir in dieser konkreten Frage mit ihnen zusammenarbeiten. Das ist jedoch etwas anderes als die genannten Bündnisse strategischer und taktischer Art.



---

Wir halten als PS/CNR an der Bündnispolitik fest, die die Partei in den letzten Jahrzehnten entwickelt hat. Sie beruht wesentlich auf der Einschätzung, daß die sogenannte nationale Bourgeoisie aufgrund der internationalen Verflechtungen und Abhängigkeiten eben keine nationale Bourgeoisie ist. Sie kann deswegen auch kein Bündnispartner für die Arbeiterklasse sein. Für uns besteht das anzustrebende zentrale Bündnis zwischen Arbeitern, Bauern, verarmten Mittelschichten und revolutionären Intellektuellen. Dazu kommt noch die sogenannte marginale Bevölkerung, d.h. vor allem die verarmte Bevölkerung in den Städten, die unter den heutigen Bedingungen zahlenmäßig ein großes Gewicht hat und als revolutionäres Potential nicht ausgeschlossen werden darf. Die Arbeiterklasse muß in diesem Bündnis die Führung haben und die notwendige Einheit der Arbeiterklasse spielt dabei eine große Rolle.

Du sprichst von sogenannter marginaler Bevölkerung. Meinst Du damit dasselbe, was Marx mit dem Begriff 'Lumpenproletariat' ausgedrückt hat?

Ich spreche bewußt nicht von 'Lumpenproletariat'. Man darf nicht vergessen, daß die Ursprünge der sogenannten marginalen Bevölkerung Lateinamerikas andere sind als im Europa zur Zeit Marxens. Allerdings hat der Begriff 'Marginalität' auch einen ideologischen Inhalt, den wir nicht teilen. Er wurde hauptsächlich von den lateinamerikanischen Christdemokraten geprägt, denen es darum ging, diese 'Marginalen' zu 'integrieren', ohne aber das System zu verändern - ein unmögliche Aufgabe. Vielleicht ist der Begriff von den 'Armen der Stadt und des Landes' besser, es handelt sich auf alle Fälle um die Folgen der abhängigen Entwicklung und der abhängigen Industrialisierung. Insbesondere geht es um die Gruppen der Landbevölkerung, die in die Städte abwandern und dort keine Arbeit finden. Unserer Meinung nach können diese Bevölkerungsteile nicht die Führung im Kampf für den Sozialismus übernehmen, aber aufgrund ihrer zahlenmäßigen Bedeutung sind sie ein wichtiges Potential.

Wir wollen nach diesen etwas grundsätzlicheren Überlegungen noch einmal auf die Entwicklung in Chile seit dem Militärputsch zurückkommen. Wie hat sich der Putsch auf die verschiedenen Organisationen und Parteien der Linken ausgewirkt, und welche Folgen hat er speziell auch für Euch gehabt?

Wie schon erwähnt war der Putsch ein harter Schlag für die Arbeiterklasse und ihre Organisationen. Die Situation danach ist nicht mehr

---

zu vergleichen mit den Verhältnissen vorher. Ein Merkmal der chilenischen Linken besteht allerdings darin, daß sich die zentralen Orientierungen und Einschätzungen der Organisationen nicht geändert haben. Auf der einen Seite stehen wieder diejenigen, die mit einem Teil der Großbourgeoisie ein strategisches Bündnis anstreben. Das ist die Politik der Kommunistischen Partei bzw. der Unidad Popular. Sie suchen das Bündnis mit den Christdemokraten als dem politischen Ausdruck jenes Teils der Bourgeoisie.

Auf der anderen Seite stehen diejenigen, die wie wir davon ausgehen, daß ein solches Bündnis aufgrund der konkreten Interessen und Abhängigkeiten dieser Bourgeoisie vom Imperialismus nicht möglich ist. Hier liegt das zentrale Problem der Diskussionen innerhalb der chilenischen Linken. Auch wenn der Putsch ein sehr harter Einschnitt war, haben sich in dieser Hinsicht die Einschätzungen der Parteien nicht grundsätzlich geändert.

Die harte, wenn auch vorübergehende, Niederlage hat auch dazu geführt, daß innerhalb der Parteien die unterschiedlichen Konflikte ausbrachen. Besonders deutlich wird das bei unserer Organisation, der Sozialistischen Partei. Es läßt sich heute feststellen, daß sich wenigstens zwei Teile von der Partei getrennt haben: eine sozialdemokratische Gruppierung und eine prokommunistische Tendenz<sup>+) .</sup> Sie können nicht mehr zu dem gerechnet werden, was wir unter chilenischem Sozialismus verstehen. Diese Tendenzen existierten schon vor dem Putsch, aber durch die Niederlage traten die Unterschiede viel deutlicher hervor. Dieses Problem betrifft aber nicht nur uns, sondern auch andere Organisationen.

Du sprichst von den Gruppen, die sich nach Eurer Einschätzung von der Sozialistischen Partei getrennt haben. Diese Gruppen, wie z.B. die prokommunistische Tendenz um Almeyda beanspruchen aber auch, die authentische Sozialistische Partei zu sein.

Es geht uns nicht um einen Namensstreit, auch nicht darum, wer zahlen-

---

<sup>+) Als 'prokommunistische Tendenz' wird der Teil der Sozialistischen Partei bezeichnet, der sehr stark mit der Politik der Kommunistischen Partei Chiles sympathisiert. Bekanntester Vertreter dieser Richtung ist zur Zeit Clodomiro Almeyda, der ehemalige Außenminister der Unidad Popular.</sup>

mäßig das größere Gewicht hat. Letzteres ist im Inland ohnehin nur schwer festzustellen. Für uns handelt es sich um das Verhältnis zu den zentralen Aussagen unserer Organisation, das heißt u.a.:

- die Charakterisierung der chilenischen Gesellschaft, wobei für uns die Nichtexistenz einer sogenannten nationalen Bourgeoisie eine zentrale Bedeutung hat,
- die Charakterisierung der chilenischen Revolution als ein ununterbrochener Prozeß unter Führung des Proletariats,
- die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes,
- der Lateinamerikanismus; damit meinen wir, daß die chilenische Revolution als Teil eines kontinentalen Prozesses zu verstehen ist,
- unsere Unabhängigkeit gegenüber den sogenannten Zentren der internationalen Linken.

Die Genossen, die sich der sozialdemokratischen Tendenz zuordnen, halten es für notwendig, den Leninismus aus der Partei zu entfernen und sie sprechen sich deutlich gegen die Diktatur des Proletariats aus. Diese Genossen haben nichts mehr mit der historischen Linie der Sozialistischen Partei zu tun. Auf einer anderen Ebene gilt dies auch für die Genossen, die sich zur prokommunistischen Tendenz zählen.

Unsere Diskussion mit der Kommunistischen Partei Chiles entwickelt sich vor allem auf zwei Ebenen: auf der einen Seite stehen wir in vieler Hinsicht der Außenpolitik der Sowjetunion kritisch gegenüber (z.B. Ungarn, CSSR, Afghanistan, oder auch die engen wirtschaftlichen Bindungen mit der argentinischen Militärdiktatur), aber auch ihrer inneren Entwicklung (Bürokratisierung). Andererseits stehen sich in Chile seit langer Zeit innerhalb der Arbeiterbewegung zwei Linien gegenüber: die der Kommunistischen Partei, die nach einem strategischen Bündnis mit einem Teil der Bourgeoisie sucht, um die bürgerlich-demokratische Etappe der Revolution durchzuführen; und die der Sozialistischen Partei mit der Auffassung des ununterbrochenen revolutionären Prozesses unter der Führung des Proletariats. Hinzu kommt ein unterschiedliches Verständnis über die anzustrebende neue Gesellschaft: für uns ist hier der zentrale Gedanke die Volksmacht (poder popular), während den Genossen der Kommunistischen Partei das Modell der heute existierenden sozialistischen Länder sicherlich näherliegt. Diese, miteinander eng verbundenen Elemente, machen für uns eine Identifikation mit der Politik der KP, wie sie von den Genossen der prokommunistischen Tendenz, vor allem in der ersten Zeit

---

nach dem Putsch angestrebt wurde, vollkommen unmöglich.

Neben diesen beiden Gruppen, die sich von der zentralen Linie der Partei entfernt haben, gibt es andere, die die Linie der Partei verteidigen und den Versuch machen, sie auf die heutigen Bedingungen anzuwenden und die so unserer Haltung sehr nahestehen. Aus diesem Grund sind wir der Meinung, daß der Wiederaufbau der Partei noch nicht abgeschlossen ist. Sogar an der Basis der beiden eben angesprochenen Gruppen gibt es sicher Genossen, die sich weiter mit der Linie der Partei identifizieren und die nur aufgrund der schwierigen Bedingungen, sei es im Untergrund oder im Exil, sich der einen oder der anderen Gruppe angeschlossen haben. Wir als PS/CNR verstehen uns als einen wichtigen Ausdruck der historischen Linie der Partei, aber wir erheben nicht den Anspruch, die Einzigen zu sein, die diese Linie vertreten. Wenn wir von der Einheit der Partei sprechen, meinen wir eine Einheit auf einer klaren ideologischen Grundlage. Es geht nicht darum, die Sozialistische Partei als eine Art Front zu betrachten, in der die unterschiedlichsten Kräfte enthalten sein können. Von diesem Standpunkt ausgehend, haben die Genossen der sozialdemokratischen und prokommunistischen Tendenz um Almeyda keinen Platz mehr in der Partei. Natürlich werden wir mit diesen Genossen im Rahmen von Bündnissen zusammenarbeiten. Das ist jedoch etwas anderes, als der gemeinsame Wiederaufbau der Partei.

Der Diskussionsprozeß innerhalb aller sozialistischen Organisationen, unsere eingeschlossen, ist keineswegs als beendet zu betrachten. Weiterhin haben sich in Chile selbst viele Genossen, die in der Sozialistischen Partei organisiert waren, keiner der neuen Organisationen angeschlossen. Nicht zuletzt aufgrund der Schwierigkeiten des Untergrunds gibt es im Inland sozialistische Gruppen, die abseits der neuen organisatorischen Strukturen stehen und die bei dem Wiederaufbau der Partei selbstverständlich miteinbezogen werden müssen.

Alles in allem, ein sehr komplizierter Prozeß, dessen Ziel es ist, der chilenischen Arbeiterklasse eines ihrer wichtigsten Werkzeuge wiederzugeben, die Sozialistische Partei Chiles.

Du hast die internen Probleme insbesondere Eurer Partei geschildert, die nach dem Putsch aufgebrochen sind. Welche Folgen hat das für die praktische Arbeit gehabt?

Die politischen Organisationen waren auf die neuen Bedingungen nach dem Putsch nicht vorbereitet. Aber alle mußten versuchen, im Unter-

---

grund ihre Strukturen wieder aufzubauen. Dieser Prozeß ist kompliziert und schwierig, wobei in unserem Fall neben den harten Bedingungen des Untergrunds auch politische Differenzen in der ersten Phase nach dem Putsch eine Rolle spielten. Ein Teil unserer Organisation versuchte, die Partei durch ein Kooptationsmodell wieder aufzubauen, das heißt, daß für die gefallenen, geflohenen oder gefangenen führenden Genossen von der damals in Berlin(Ost) befindlichen Führung neue Genossen ernannt wurden. Wir vertraten als PS/CNR dagegen ein von der Parteibasis ausgehendes Aufbaumodell. Nachdem der größte Teil des Zentralkomitees nicht mehr im Lande oder nicht mehr aktiv war, haben wir den Standpunkt vertreten, daß die natürliche Kontinuität der Partei in den unteren Strukturen zu suchen sei, also in den Regionalkomitees bzw. der nationalen Koordination der Regionalkomitees. Dies war ein ganz anderes Konzept als das der Auslandsführung der Partei. Die Unterschiede in den Organisationsfragen sind jedoch nicht unabhängig von den schon erwähnten politischen Unterschieden. Die Auslandsführung versuchte, die Unidad Popular mit einer klaren reformistischen Stoßrichtung wiederherzustellen. Die Genossen im Inland verteidigten dagegen die schon dargestellte traditionelle Linie der Partei. Hier kamen die bereits vorhandenen politischen Unterschiede zum Ausdruck, die sowohl bei den Gruppen im Ausland als auch im Inland vorhanden waren.

## Widerstandsarbeit

Es gibt in der BRD nur noch wenige klassenbewußte Kräfte, die aus eigener Erfahrung wissen, was es bedeutet, unter den Bedingungen einer Diktatur politisch zu arbeiten. Deswegen ist es für viele -besonders aus der jüngeren Generation- schwierig, sich die Probleme konkret vorzustellen. Kannst Du beschreiben, was politische Arbeit unter den gegenwärtigen Bedingungen in Chile bedeutet? Gibt es im praktischen Vorgehen Unterschiede zwischen den Genossen, die das Konzept der Unidad Popular vertreten und Euch?

Heute in Chile ein Flugblatt zu schreiben, zu drucken und zu verbreiten, bedeutet Lebensgefahr für die Beteiligten. An diesem einfachen Beispiel wird deutlich, wie einschneidend der Übergang zur illegalen Arbeit war. Unter solchen Bedingungen erlangen kleine

---

Schritte wie die bessere Verbreitung von Information im Untergrund große Bedeutung.

Obwohl es für Teile der Opposition heute Möglichkeiten gibt, sich begrenzt in bestimmten Presseorganen zu äußern, hat die Untergrundpresse nicht an Bedeutung verloren.

Zentral geht es uns heute darum, die Massen um ihre konkreten Bedürfnisse zu organisieren und dies mit unseren strategischen Aufgaben zu verbinden. Dies kommt hauptsächlich in der Basisarbeit zum Ausdruck. Zum anderen muß sich die Organisation für andere, höhere Kampfformen vorbereiten. Hinsichtlich der Unidad Popular ist festzuhalten, daß sie als Führungsinstanz mehr im Ausland in Erscheinung tritt als in Chile selbst, obwohl sie sich auch im Exil in einer großen Krise befindet. Da sie ein Bündnis mehrerer Organisationen darstellt, kann man sich die praktischen Schwierigkeiten vorstellen, die Rolle der Führungsinstanz tatsächlich zu spielen, die im Untergrund noch zu den politischen Problemen hinzu kommen. Die Linie der Unidad Popular kommt hauptsächlich in ihrer Bündnispolitik zum Ausdruck und in einer gewissen Stillhaltepolitik, um bei der bürgerlichen Opposition einen guten Eindruck zu machen.

Wir betonen die Arbeit an der Basis und messen den neuen Organisationsformen wie Widerstandskomitees, Arbeiterkommissionen und Bauernräten eine große Bedeutung zu, während sich die Unidad Popular mehr in den Führungsgremien der Gewerkschaftsorganisationen betätigt. Unserer Meinung nach geht es darum, im Untergrund Strukturen aufzubauen, die eine größere Kontinuität als die halblegalen oder legalen Organisationsformen haben. So stehen auch die Arbeiterkommissionen und ähnliche Organisationsformen nicht im Widerspruch zur Gewerkschaftsbewegung, sondern ergänzen diese: zum einen greifen sie konkrete Forderungen der Arbeiter auf und tragen diese in die Gewerkschaftsbewegung, auf die manchmal sogar Druck ausgeübt werden muß (es gibt auch gelbe Gewerkschaftsführer) und zum anderen bereiten sie unter anderem konkrete Boykottaktivitäten vor, die nur im Untergrund zu entwickeln sind. Für uns haben diese neuen Organisationsformen, die sicherlich noch sehr schwach sind, und denen man die unterschiedlichsten Namen geben kann, eine strategische Bedeutung als mögliche Keime einer Volksmacht.

Darüberhinaus gibt es eine große Zahl von Aktivitäten, die allen politischen Organisationen gemeinsam sind und wo Zusammenarbeit stattfindet. Diese Vereinheitlichung in der Praxis

---

wird schon von den gegebenen Bedingungen erzwungen.

Wir wollen in diesem Zusammenhang noch einen weiteren Problemkreis ansprechen: die katholische Kirche hat in Chile ein großes Gewicht und scheint auch den formellen Rahmen für ein weites Feld politischer Aktivitäten abzugeben. Dazu gehört das Engagement des "Solidaritätsvikariats" für die politischen Gefangenen, Verschwundenen und die Bewohner der Armenviertel. Wie beurteilt Ihr die Rolle der Kirche?

Zunächst muß anerkannt werden, daß es nicht nur in Chile, sondern in Lateinamerika allgemein innerhalb der katholischen Kirche ein starkes Protestpotential gibt, das sich gegen die existierenden Diktaturen richtet. Es gibt im Rahmen der Kirche Kräfte, die sich klar für soziale Strukturveränderungen in Lateinamerika einsetzen, dabei denke ich an Menschen wie Camilo Torres oder den Bischof Romero aus El Salvador, der vor kurzem von reaktionären Kreisen seines Landes ermordet wurde. Aber man muß auch sehen, daß der Klassenkampf keinen Bogen um die Kirche macht. Es gibt auf der anderen Seite kirchliche Kräfte, die auf die eine oder andere Weise die Diktaturen stützen. Man kann heute in Lateinamerika nicht von der Kirche sprechen. Es handelt sich vielmehr um eine Institution, die selbst vom Klassenkampf betroffen ist und in der sich unterschiedliche Strömungen entwickeln.

Dies trifft auch konkret für die chilenische Kirche zu. Sie hat sich mehr oder weniger für die Verteidigung der Menschenrechte eingesetzt und das Engagement des "Solidaritätsvikariats" verdient Anerkennung. Aber Institutionen wie das "Solidaritätsvikariat" bringen keine sozialistische Alternative für Chile zum Ausdruck, sie können kein Ersatz für politische Organisationen sein. Die Linke in Lateinamerika muß sich mit der Kirche auseinandersetzen. Dieses Problem ist nicht neu, aber es hat sich unter den Bedingungen der Militärdiktatur verstärkt gestellt. In Chile sind wichtige Teile der Kirche politisch auf die Christdemokraten ausgerichtet. Auf dieser Ebene spielen sie eine wichtige Rolle und die Christdemokraten können sich über christliche Aktivitäten in den Massen verankern. Freilich sind die Christdemokraten nicht die einzige Kraft, die dies tut und es wäre auch falsch, eine Zusammenarbeit mit der Kirche ganz abzulehnen. Wir haben jedoch den Eindruck, daß man sich im "Solidaritätsvikariat" sehr differenziert verhält und zunehmend von den sozialistischen Kräften distanziert, um eine stärkere Bindung mit den Christdemokraten einzugehen. Das ist allerdings ein widersprüchlicher

---

Prozeß, denn andererseits sind gerade in jüngster Zeit wachsende Angriffe der Regierung auf die Kirche und insbesondere das "Solidaritätsvikariat" zu beobachten.

In dem Bericht von der Chilereise der westdeutschen Genossen werden Einrichtungen wie Volksküchen, Peñas, Gesundheitsstationen und Menschenrechtsgruppen beschrieben. Welchen Charakter haben solche Einrichtungen und wie verhaltet Ihr Euch als politische Organisation dazu?

Diese Einrichtungen sind Formen, wo sich Keime einer Organisation entwickeln. Grundsätzlich muß man sich an solchen Organisationen beteiligen. Allerdings muß man sich überlegen, wo man sich beteiligt, wenn man nur relativ geringe Kräfte hat wie wir. Wir sind keine Organisation mit Mitgliedern wie Sand am Meer und großem Finanzpotential. Eher im Gegenteil. Wenn wir uns eine Volksküche zur Mitarbeit aussuchen, werden wir also nicht eine wählen, die fest in der Hand der Christdemokraten ist. Prinzipiell befürworten wir diese neuen Organisationsformen, sie sind ein Ausdruck der Reaktivierung der Massen, ein Versuch, die eigenen Probleme selbst zu lösen. Selbstverständlich muß man sich als politische Organisation aktiv daran beteiligen.

## Gewerkschaften und Arbeiterbewegung

Wir haben bisher einen wichtigen Bereich noch gar nicht angesprochen, die Gewerkschaftsbewegung. Wie haben sich die Gewerkschaften nach dem Putsch entwickelt? Welche Strukturen haben sich herausgebildet? Welchen Stellenwert hat für Euch die Arbeit in der Gewerkschaftsbewegung?

Eines der Ziele der Junta bestand darin, die Organisationen der Arbeiter zu zerstören, wozu neben den Parteien die Gewerkschaften gehören. Eine der ersten Anordnungen der Junta war das Verbot des zentralen Gewerkschaftsverbandes CUT. Man versuchte, die gesamte Gewerkschaftsbewegung unter die Kontrolle der Diktatur zu bekommen. Das ist allerdings nur in *sehr* geringem Umfang gelungen. Der Versuch, eine juntahörige Gewerkschaftsorganisation aufzubauen, ist praktisch gescheitert.

Innerhalb der bestehenden Gewerkschaftsbewegung gibt es allerdings Widersprüche ähnlich wie auf der politischen Ebene. Es gibt



eine gewerkschaftliche Organisation, die den Christdemokraten näher steht und die andere, die sich stärker an den Parteien der traditionellen chilenischen Linken orientiert. Eine weitere Organisation macht den Versuch, sich von der Parteipolitik deutlich zu distanzieren, dabei aber die konkreten Interessen der Arbeiter wahrzunehmen und die Politik der Junta anzuprangern. Die Gewerkschaftsbewegung ist nicht zerstört worden, aber es gibt unterschiedliche Interessen und Strukturen darin. Es wird versucht, Dachverbände aufzubauen, aber es gibt verschiedene. Gegenwärtig kann nicht von einer einheitlichen Gewerkschaftsorganisation in Chile gesprochen werden.

Die Regierung hat versucht, durch eine überraschende Gewerkschaftswahl auf Betriebsebene die Verhältnisse zu ihren Gunsten zu verändern. Diese Wahlen fanden unter äußerst diskriminierenden Bedingungen statt und erfaßten nur eine Minderheit der chilenischen Werktätigen. Obwohl die Ergebnisse dieser Wahl nur sehr schwer zu bemessen sind und obwohl die Wahlen unter ausgesprochen diskriminierenden Bedingungen stattfanden, war die Linke relativ erfolgreich. Selbst unter diesen erschwerenden Bedingungen wurden die Genossen gewählt, die als Gegner der Diktatur galten. (Vgl. auch den Reisebericht in dieser Broschüre)

Eine neue Maßnahme der Diktatur ist der sogenannte Plan Laboral, eine Arbeitsgesetzgebung, mit der der Prozeß der Institutionalisierung der Diktatur weiter vorangetrieben werden soll. Diese Gesetzgebung ist nicht aufgrund des Kampfes der Arbeiter entstanden, sie paßt vielmehr vollständig in das Modell der Diktatur. Es wird versucht, der Arbeiterklasse innerhalb eines gewissen legalen Rahmens alle Kampfmöglichkeiten zu nehmen. Wenn auch auf dem Papier Streiks erlaubt sind, so hat die Praxis doch bewiesen, daß diese Gesetzgebung derart einengend ist, daß es für die Arbeiterklasse keinen Sinn mehr hat, diese Streiks zu nutzen. Es besteht jederzeit die Möglichkeit der Entlassung. Was das in einem Land mit sehr hoher Arbeitslosigkeit bedeutet, ist klar. Nach unserer Auffassung handelt es sich um ein Gesetz, das vollständig den Interessen der Diktatur entspricht, dem sogenannten Prozeß der Institutionalisierung der Diktatur. Es ist kein Ausdruck des Kampfes der Arbeiterklasse.

Könnte man nicht sagen, daß diese neue Arbeitsgesetzgebung ein Ausdruck der Tatsache ist, daß es die Junta nicht geschafft hat, die Gewerkschaftsbewegung völlig zu zerschlagen? Da ihr das nicht gelungen ist, muß sie nun versuchen, der Bewegung das legalistische Korsett zu verpassen, um in diesem Rahmen die gewerkschaftlichen Kämpfe wirkungslos machen zu können.

So gesehen, ja. Man kann unterschiedliche Einschätzungen des Gesetzes haben. Von der Tatsache ausgehend, daß es der Junta nicht gelungen ist, die Gewerkschaftsbewegung zu zerschlagen, könnte man sagen, das neue Gesetz ist ein Produkt des Kampfes der Arbeiterklasse. Nach unserer Meinung hat das Arbeitsgesetz jedoch den gewerkschaftlichen Kampf eingeengt, ohne daß die Arbeiterklasse bisher eine wirkungsvolle Antwort darauf gefunden hätte. Wir meinen nicht, daß jeder gesetzliche Rahmen besser ist als gar keiner, denn dieser Rahmen zielt ja darauf ab, die Arbeiterklasse noch stärker zu spalten. Jetzt ist es auch kleinen Gruppen im Betrieb möglich, sich zur "Gewerkschaft" zu erklären, ja es ist sogar legal, als Einzelner mit dem Betriebsleiter direkt zu verhandeln. Diese Entwicklung ist keinesfalls positiv für die Arbeiterklasse. Das Gesetz entstand zu einem Zeitpunkt als die Diktatur bemüht war, sich einen legalistischen Mantel umzuhängen. Aber es ist weiterhin dieselbe Diktatur. Sicher wäre dieses Gesetz unmittelbar nach dem Putsch nicht möglich gewesen, es entspricht der gegenwärtigen Entwicklung der Diktatur. Diese Gesetzgebung läßt der Arbeiterklasse kaum Kampfmöglichkeiten und verfolgt das Ziel, sie zu atomisieren. Zugespißt formuliert könnte man sagen, daß es besser wäre, es gäbe keine Arbeitsgesetzgebung als eine, die die vorhandene Zersplitterung der Arbeiterklasse noch unterstützt und vorantreibt.

In den wenigen Fällen, in denen Streiks durchgeführt werden konnten, waren die Arbeiter letztlich gezwungen, das Angebot der Unternehmer zu akzeptieren. Zudem fanden diese Streiks in Betrieben statt, in denen qualifizierte und spezialisierte Arbeiter beschäftigt sind, z.B. in Laboratorien. Die Arbeiter dort wußten, daß es für die Unternehmer nicht einfach möglich war, eine Anzeige aufzugeben, auf die sich Tausende von Arbeitswilligen melden würden, wie dies bei weniger qualifizierter Arbeit der Fall ist.

Sehr Ihr die Möglichkeit, daß sich eine neue Massenbewegung entwickelt und welche Rolle spielt dabei die Arbeiterklasse?

Die Aktivitäten der Arbeiterklasse gegen die Diktatur haben sich nach unserer Einschätzung in der letzten Zeit verringert, dafür sind aber andere Teile der Bevölkerung in den Vordergrund getreten, wie das beispielsweise in den Aktionen zum Internationalen Frauentag oder an den Universitäten zum Ausdruck kommt. Nach dem Putsch in Argentinien 1976 hat es in ganz Lateinamerika ein Ansteigen der Massenbewegung gegeben, dessen deutlichster Ausdruck der Befreiungskampf in Nicaragua und der heute stattfindende Kampf in El Salvador

ist. Allerdings gibt es kein ununterbrochenes Ansteigen der Massenkämpfe, sondern die Entwicklung verläuft sicher widersprüchlich. In Chile hat sich die Massenbewegung insbesondere seit 1977 mit den großen Streiks der Kupferarbeiter entwickelt. In den letzten Monaten hat sich aber gezeigt, daß die Arbeiterklasse nach neuen Wegen sucht, ohne schon eine klare Antwort gefunden zu haben. Es ist wichtig, nicht so zu tun, als gäbe es seit der Mitte der siebziger Jahre in Lateinamerika eine geradlinige Aufwärtsbewegung der Massenkämpfe. Auch wenn zweifellos eine allgemeine Tendenz zur Reaktivierung der Massenbewegungen vorhanden ist, verläuft die Entwicklung doch widersprüchlich, was z.B. in dem jüngsten Militärputsch in Bolivien zum Ausdruck kommt.

Wichtige Erfahrungen der deutschen Arbeiterbewegung wurden in der Zeit der Weimarer Republik (1919-1933) gesammelt. Damals war nur eine Minderheit der Arbeiterklasse revolutionär gesinnt, während die Mehrheit der Werktätigen kämpferisch-reformistisch eingestellt war. Für die Kommunisten bestand die Aufgabe darin, diesen Teil der Arbeiterklasse für den Sozialismus zu gewinnen. Mit der Einheitsfrontpolitik versuchte die Kommunistische Partei Deutschlands bis 1923 und später die KPD-Opposition an dem Widerspruch anzuknüpfen, daß die sozialdemokratisch orientierten Arbeiter zwar bereit waren, für die Erhaltung ihrer Lebensbedingungen zu kämpfen, nicht aber unmittelbar für den Sozialismus. In den tagespolitischen Kämpfen sollten möglichst viele Arbeiter aufgrund ihrer konkreten Erfahrungen für den Sozialismus gewonnen werden.

In Chile gibt es nach unserer Meinung ebenfalls in der Arbeiterschaft eine starke kämpferisch-reformistische Strömung, als deren politischen Ausdruck man die Kommunistische Partei und die prokommunistische Tendenz der Sozialistischen Partei bezeichnen könnte. Wie versucht Ihr in den Tageskämpfen diese Arbeiter für Eure Politik zu gewinnen?

Im gegenwärtigen Stadium steht für uns der Wiederaufbau unserer Organisation im Vordergrund. Um eine Politik betreiben zu können, so wie ihr sie beschrieben habt, muß man selbst schon eine Kraft sein und Einfluß haben. Viele von uns vertreten die Ansicht, daß es unbedingt nötig ist, mit anderen Organisationen, die ähnliche strategische Ziele verfolgen wie wir, stärker zusammenzuarbeiten, um so unter den breiten Massen größeren Einfluß zu gewinnen. Zweifellos ist es eine wichtige Aufgabe, die Anhänger und Mitglieder der Parteien der Unidad Popular von einer revolutionären Strategie zu überzeugen, aber wir sind noch nicht in der Lage, diese Aufgabe zu lösen.

---

Widerstandskomitees, Arbeiterkommissionen in den Betrieben, Bauernräte sind aber doch schon Keime einer solchen Politik?

Selbstverständlich. Der Kampf für den Sozialismus darf nicht von dem Kampf um die konkreten Interessen der Massen getrennt werden. Das ist ein zentrales Element unserer Strategie. Die Genossen der eher reformistischen Gruppierungen erheben die Taktik zur Strategie, d.h. sie versuchen nicht mehr, die konkreten Kämpfe um Tagesforderungen mit dem sozialistischen Ziel zu verbinden, sondern sie erheben diese Tagesforderungen selbst zum Ziel.

Wir wollen in diesem Zusammenhang noch einmal auf die bereits angeschnittene Frage zurückkommen, inwieweit es im praktischen Vorgehen zwischen Euch und den Vertretern des heutigen UP-Konzepts Unterschiede gibt. Dieses Konzept, wie es insbesondere von der KP vertreten wird, geht ja noch über den ursprünglichen Ansatz der Regierung der Unidad Popular hinaus, insofern als der Sozialismus völlig von der Tagesordnung gestrichen wurde und im Mittelpunkt das angestrebte Bündnis mit den Christdemokraten steht, mit dem erklärten Ziel, die bürgerliche Demokratie wiederherzustellen. Gibt es in der praktischen Widerstandsarbeit Anzeichen dafür, daß z.B. die Kommunistische Partei im Interesse dieser Politik bremsend und demobilisierend auftritt?

Es lassen sich keine konkreten Beispiele anführen, weil der Widerstand allgemein noch verhältnismäßig schwach ist. Aber nach unserer Meinung hat die Politik der reformistischen Gruppierungen genau diese Stoßrichtung: es wird der Versuch gemacht, gegenüber den Christdemokraten die Salonfähigkeit zu erlangen. Allerdings scheint es bei der Kommunistischen Partei gewisse Änderungen zu geben, nachdem ihr Angebot eines politischen Bündnisses von den Christdemokraten erneut kategorisch abgelehnt wurde.

## Faschistische Militärdiktaturen ?

Eine zentrale Frage der Bündnispolitik hat Pedro Vuskovic, ein führender Vertreter Eurer Partei, nach unserer Meinung gut zusammengefaßt: nur eine Arbeiterklasse, die sich kämpfend für ihre Ziele einsetzt, kann auch in Bündnissen eine eigenständige politische Kraft darstellen.†)

Uns interessiert hier noch ein weiteres Problem, das Vuskovic anschnidet: er bezeichnet die Militärdiktaturen in Lateinamerika als faschistisch, wobei er diesen "abhängigen Faschismus" von den Formen faschistischer Herrschaft, wie wir sie aus Europa kennen, dadurch unterscheidet, daß er von einem "Faschismus ohne Massenbasis" spricht. Wir halten es demgegenüber politisch nicht für hilfreich, den Begriff des Faschismus beliebig auszudehnen und auf alle offen gewaltförmigen Regime anzuwenden.

Das Problem der Charakterisierung der Diktaturen in Lateinamerika ist in unserer Organisation noch nicht genügend ausdiskutiert. Ich persönlich bin hier der Ansicht, daß es sich bei diesen Diktaturen nicht um faschistische Diktaturen handelt. Sie sind aus verschiedenen Gründen nicht mit dem europäischen Faschismus gleichzusetzen. Aber wenn wir von kolonialem oder abhängigem Faschismus sprechen und wenn wir noch einige Adjektive hinzusetzen, kann man den Begriff beibehalten.

Zentrale Elemente der Beurteilung müssen sein, ob ein Land Subjekt oder Objekt des Imperialismus ist und ob eine Massenbewegung existiert oder nicht. Für uns geht es praktisch darum, welche konkreten Kampfschritte aus der Analyse folgen.

---

+) Wir beziehen uns hier und im folgenden auf die Broschüre von Pedro Vuskovic, *America Latina: Que sigue al Fascismo*, Mexico D.F. 1976, deutsch: *Die Sozialistische Partei Chiles und der Kampf Lateinamerikas*, Bonn 1977

++) Zur Faschismusanalyse vgl. auch Gruppe Arbeiterpolitik (Hrsg.) *Der Faschismus in Deutschland - Analysen der KPD-Opposition aus den Jahren 1928-1933*, Frankfurt/M. 1973

---

Wenn man gegen ein Regime kämpft, das sich auf eine Massenbasis stützen kann, muß man sicher anders vorgehen als bei einem Regime, wo das nicht der Fall ist. Als weiteres Beurteilungskriterium kann man in Betracht ziehen, ob es eine faschistische Partei gibt oder nicht. Hier gibt es z.B. die Meinung, daß im Falle Lateinamerikas die Rolle der faschistischen Partei vom Militär übernommen wird, weil nicht ein einzelner General, sondern das Militär als Institution die Macht übernimmt.

Aber wie gesagt, diese Diskussion ist bei uns noch nicht beendet. Ich persönlich bin der Ansicht, daß man die Militärdiktaturen in Lateinamerika in einer wissenschaftlichen Analyse nur schwer als Faschismus kennzeichnen kann. Etwas anders ist es, wenn wir die Ebene der Propaganda betrachten. Wenn wir hier in der Bundesrepublik Deutschland Solidaritätsarbeit machen und den Menschen sagen, daß sie gemeinsam mit uns etwas gegen den Faschismus in Chile tun müssen, dann hat das eine stärkere Wirkung als wenn wir sagen: man muß etwas gegen die reaktionäre Militärdiktatur tun.

## Die Rolle der Sozialdemokratie In Lateinamerika

Die Internationale der Sozialdemokratischen Parteien entfaltet seit einigen Jahren gegenüber den lateinamerikanischen Ländern eine besondere Aktivität. Von Euch ist dazu gesagt worden, es sei falsch, das in Europa entwickelte Konzept der Sozialdemokratie auf Lateinamerika zu übertragen. Nach unserer Meinung reicht es aber nicht aus, die Kritik auf diesen Aspekt zu beschränken, denn das Konzept der Sozialdemokratie ist nicht nur in Lateinamerika, sondern auch in Europa ein bürgerliches Konzept, das mit einer sozialistischen Zielsetzung nichts zu tun hat. Ihr stellt selbst fest, daß die Sozialdemokratie in Lateinamerika nur solchen Gruppen hilft und sie unterstützt, die ihr ideologisch nahestehen, d.h. die eine reformistische Strategie verfolgen. Aufgrund der Erfahrungen in Europa und speziell in Deutschland seit 1914 meinen wir, daß die optimistische Einschätzung nicht zutrifft, die sozialdemokratischen Parteien wie z.B. die SPD könnten unter dem Druck ihrer Mitgliederbasis noch eine fortschrittliche d.h. sozialistische Richtung einschlagen.

Die Sozialdemokratie ist weder in Europa noch in Lateinamerika eine Alternative zum Kapitalismus. Aber die Einschätzung der Sozialdemokratie muß von den Bedingungen ausgehen, die man vorfindet. Eure Einschätzung ist von den Erfahrungen in Europa und speziell in der BRD geprägt, während die unsrige von den Erfahrungen in Lateinamerika ausgeht.

Grundsätzlich und überall ist die Sozialdemokratie eine Organisation, die - zumindest heute - nicht die Überwindung des Kapitalismus, sondern seine "Verbesserung" zum Ziel hat. Ein zentrales Element dieses Modells ist die Bindung der Arbeiterklasse an das Kapital. Dies ist kein Modell, das wir befürworten oder wollen. Zum anderen sind aber die sozialdemokratischen Parteien Europas widersprüchliche Organisationen, ja man kann sogar sagen, daß es Widersprüche von Land zu Land gibt. Es gibt Widersprüche zwischen Parteiführung und Basis - zumindest mit bestimmten Parteiführern. Die Sozialdemokratie Schwedens ist nicht einfach mit der der BRD gleichzusetzen, ebensowenig wie die Politik der SPD-Führung z.B. mit der der Jusos. Damit wollen wir nicht sagen, daß es tiefgreifende Unterschiede zwischen den politischen Konzepten der sozialdemokratischen Parteien gibt, aber es ist eine gründliche Analyse nötig um die Unterschiede herauszuarbeiten.

So ist beispielsweise nicht zu leugnen, daß eine Strömung der Sandinistischen Befreiungsfront, die Somoza mit Waffengewalt gestürzt hat, der Sozialdemokratie sehr nahe steht. Das sind Tatsachen, mit denen man arbeiten muß. Sie zeigen, daß es Widersprüche zwischen den nordamerikanischen Interessen und der Politik der Sozialdemokratie in Lateinamerika gibt. Die Revolutionäre müssen solche Widersprüche ausnutzen, wenn sie die Kraft dazu haben. Wenn Teile der Sozialdemokratie revolutionäre Kämpfe unterstützen, muß man ernsthaft überlegen, wie man sich dazu verhält. Die revolutionäre Linke überall auf der Welt hat keinen Bruder- oder Schwesterraum hinter sich, wodurch das Problem der internationalen Unterstützung sehr kompliziert wird. Wir identifizieren uns weder mit der Sozialdemokratie noch mit der Form des Sozialismus, wie er in den osteuropäischen Ländern praktiziert wird.

Vor noch nicht allzu langer Zeit hat sich die "Sozialistische Internationale" kaum um Lateinamerika gekümmert, erst in jüngster Zeit versucht sie, dort Fuß zu fassen und wird damit zu einem Problem, mit dem wir uns auseinandersetzen müssen.

Gerade angesichts dieser Entwicklung muß doch die Frage nach den politischen Motiven der Sozialdemokratie gestellt werden. Was die SPD betrifft, die ja in der "Sozialistischen Internationale" eine führende Rolle spielt, so kann sie nach unserer Meinung keine grundsätzlich andere Politik als die USA in Lateinamerika verfolgen. Aufgrund der besonderen Entwicklung nach dem 2. Weltkrieg ist die Bindung der BRD an die USA außerordentlich eng, unabhängig davon, welche Parteien gerade die Regierung stellen. Damit ist auch der Spielraum einer eigenständigen Politik stark begrenzt.

In Lateinamerika konnte die für lange Zeit übliche Form der imperialistischen Herrschaft in manchen Ländern wie jetzt in Nicaragua nicht mehr aufrechterhalten werden. Die USA wurden in diesem Fall zu Recht mit der Somoza-Diktatur identifiziert, so daß eine unverdächtige Kraft nötig war, um den Versuch zu machen, den Einfluß des Imperialismus auch unter den veränderten Bedingungen aufrechtzuerhalten. Dies scheint die Rolle zu sein, die die Sozialdemokratie in Lateinamerika übernehmen soll.

Hinzu kommt natürlich, daß das westdeutsche Kapital seit einigen Jahren in gewissem Umfang auch mit nordamerikanischen Interessen weltweit konkurriert. Die SPD tritt dabei international als Wegbereiter des westdeutschen Kapitals auf und ist in diesem Zusammenhang bestrebt, vorhandene Widersprüche politischer und wirtschaftlicher Art gegenüber den USA auszunutzen.

Ich stimme mit dir weitgehend überein. Aber wir müssen genau beobachten, was sich konkret entwickelt. Schließlich ist es ja nicht dasselbe, ob die Sozialdemokratie den bewaffneten Kampf gegen die Diktaturen unterstützt oder ob sie diese Diktaturen stabilisiert. Die "Sozialistische Internationale" hat z.B. klar zum Kampf gegen Somoza aufgerufen und die Sandinistische Befreiungsfront unterstützt; diese Tatsache müssen wir auswerten.

Das Problem der internationalen Widersprüche des Imperialismus ist kompliziert. Sicher kann man sagen, daß letztlich die Interessen des westdeutschen, europäischen, japanischen und nordamerikanischen Kapitals übereinstimmen, Allerdings entstehen doch immer wieder Widersprüche zwischen ihnen, die man genau untersuchen und in die konkrete Politik einbeziehen muß.



---

Welcher Boden ist in Lateinamerika für sozialdemokratische Politik vorhanden? Das sozialdemokratische Modell, so wie es in der BRD praktiziert wird, läßt sich nicht einfach übertragen, da die nötigen materiellen Grundlagen fehlen. Um einen relevanten Teil der Arbeiterklasse und der Massen mit den herrschenden Verhältnissen zu versöhnen, sind gewisse Zugeständnisse nötig, die in den Ländern des abhängigen Kapitalismus nicht möglich sind.

Wir teilen diese Meinung. In Lateinamerika ist die materielle Basis für ein sozialdemokratisches Modell nicht vorhanden, ganz unabhängig davon, ob wir dieses Modell gut oder schlecht finden.

## Solidaritätsarbeit

Wir haben jetzt einiges über die Interessen des Kapitals gesagt. Wie steht es mit der anderen Seite? Wie schätzt Ihr die Möglichkeiten praktischer Solidarität zwischen den Arbeitern der kapitalistischen Industrieländer und den Arbeitern in Ländern der sogenannten Dritten Welt, z.B. in Lateinamerika, ein?

Wir meinen, daß kein Widerspruch zwischen den Arbeiterklassen der "1. Welt" und der "3. Welt" besteht. Die Verlagerung von Industrien schafft zwar neue Arbeitsplätze in den Ländern der "3. Welt", während sie in den entwickelten Industrieländern abgebaut werden, die Probleme werden dadurch aber hier wie dort nicht gelöst. Die teilweise stattfindende Verlagerung von hochmoderner Technologie schafft kapitalintensive Strukturen, die nicht in den jeweiligen nationalen Wirtschaftszusammenhang eingebunden sind. Auf der anderen Seite wächst die Arbeitslosigkeit in den kapitalistischen Industrieländern. Daraus wird schon ersichtlich, daß der Gegner der "1." und der "3. Welt" der Gleiche ist und sich die Interessen der Arbeiterklassen immer mehr annähern. Das soll nicht heißen, daß das schon vollständig der Fall ist. Aber die wachsende Internationalisierung des Kapitals bringt auch eine verstärkte Annäherung der Interessen der Arbeiterklassen in den verschiedenen Teilen der Welt mit sich. Diesen Punkt wollen wir besonders hervorheben, weil es auch Positionen gibt, die von einem Interesse der Arbeiterklassen der entwickelten Industrieländer an der Ausbeutung der "3. Welt" ausgehen.

Nach unserer Meinung müßte die Solidaritätsarbeit in den Betrieben hier auf der Tatsache aufbauen, daß z.B. die Politik des VW-Konzerns weder im Interesse der westdeutschen noch z.B. der Arbeiter in Brasilien ist, daß es die gleichen Kapitale sind, die in der "3. Welt" Aktivitäten entfalten und Diktaturen unterstützen. Man sollte nicht abstrakt von Solidarität mit der "3. Welt" reden, sondern die Zusammenhänge konkret aufzeigen, z.B. daß die Produkte jenes Konzerns oder seine Rohstoffbezüge anderwo mit dazu beitragen, daß Diktatoren wie Pinochet an der Macht gehalten werden. Eine so konkret vermittelte Solidarität ist sicher schwierig zu entwickeln, aber das müßte man leisten.

## «Volksabstimmung» In Chile

Wir wollen zum Schluß noch zwei aktuelle Fragen anschnitten, das Plebiszit, das im Herbst 1980 durchgeführt wurde und der Präsidentenwechsel in den USA. Zunächst zum "Plebiszit" in Chile. Die chilenische Militärregierung hat den 7. Jahrestag ihres Putsches im Herbst 1980 gegen die Regierung der Unidad Popular ausgewählt, um eine Volksabstimmung über eine neue Verfassung durchzuführen. Nach dieser Verfassung wird der bestehende Zustand der Militärdiktatur bis in die neunziger Jahre festgeschrieben. Die Junta hat behauptet, 67,5% der Teilnehmer hätten für die Annahme des Juntaentwurfs gestimmt, 30% dagegen. Allerdings waren nicht einmal die Minimalbedingungen einer demokratischen Abstimmung gegeben: es besteht Wahlpflicht, Wählerregister existieren seit dem Putsch nicht mehr (sie wurden damals vernichtet), nach wie vor herrscht Ausnahmezustand, die politischen Parteien sind verboten und die Angehörigen der linken Organisationen werden nach wie vor verfolgt und mit Verhaftung, Folter und Mord bedroht. - In der bürgerlichen Öffentlichkeit unseres Landes gibt es starke Tendenzen - allen voran die Frankfurter Allgemeine Zeitung - die Militärjunta gesellschaftsfähig zu machen und zu rehabilitieren. Das Ergebnis des Plebiszits wurde von diesen Kreisen als großer Erfolg Pinochets und seiner Wirtschaftspolitik gefeiert.

Wie beurteilt Ihr das Plebiszit? Warum wurde es durchgeführt und wie ist das Ergebnis einzuschätzen? Welche Folgen ergeben sich aus der Abstimmung?

Das Plebiszit markiert einen Endpunkt des Prozesses der sogenannten Institutionalisierung der Diktatur. Konkret handelt es sich um den Versuch der Diktatur, sich einen legalen Anschein zu geben, es ist

aber auch ein Versuch Pinochets, seine persönliche Macht zu festigen. Schließlich ist das Plebiszit auch ein Ausdruck innerer Auseinandersetzungen des Regimes, was auch die sehr kurzfristige Entscheidung für seine Durchführung erklärt. Seit geraumer Zeit haben die Gegensätze zwischen "Harten" und "Weichen" innerhalb des Regimes<sup>+) deutlichere Formen angenommen, ebenso ist das Bemühen Pinochets - der selbst den "Harten" nahesteht - erkennbar, diese Widersprüche zu überbrücken. Hinzu kommen Skandale unter anderem finanzieller Art, die eine gewisse Erschütterung des Regimes verursacht haben. Vor diesem Hintergrund spielte das Plebiszit die Rolle, die Verhältnisse innerhalb des Regimes zu klären.</sup>

Innerhalb der chilenischen Linken gab es zwei unterschiedliche Positionen: mit "Nein" zu stimmen oder sich der Stimme zu enthalten. Nach einem für die Bedingungen des Untergrunds breiten Diskussionsprozeß kamen unsere Genossen in Chile zu dem Schluß, daß Stimmenthaltung die richtige Haltung gegenüber dem Vorhaben der Diktatur sei. Dieser Entscheidung lag die Tatsache zugrunde, daß das Ergebnis von vornherein feststand, da die Regierung alle Rahmenbedingungen unter Kontrolle hatte, sowie die Auffassung, daß man bei den Massen keine falschen Hoffnungen wecken sollte. Es handelt sich hier um die politische Aussage unserer Organisation, nicht um Einzelfälle. Die Bevölkerung wurde praktisch gezwungen, sich an der Abstimmung zu beteiligen und es ist verständlich, daß jemand, dem der Verlust des Arbeitsplatzes droht, trotz gegenteiliger Aufrufe seine Stimme abgegeben hat. Unsere Genossen haben auch von Anfang an gesagt, daß die Frage des Stimmverhaltens (Nein oder Enthaltung) nicht die zentrale Frage sei, sondern daß es darauf ankomme, die Situation zur Massenmobilisierung zu nutzen, um zu verdeutlichen, daß von dieser Wahlfarce absolut nichts zu erwarten sei. Es ist fast tragisch zu hören, daß es in Chile Menschen gab, die ernsthaft an die Möglichkeit eines Abstimmungssieges der Opposition geglaubt haben.

---

+) Als "Harte" und "Weiche" werden Gruppierungen innerhalb des herrschenden Regimes bezeichnet. Die "Weichen" wollen das ökonomische Modell in Chile durch einen politischen Rahmen absichern, der nicht nur auf persönlicher Autorität beruht. Dabei ist auch die stark kontrollierte Einbeziehung bestimmter Parteien nicht ausgeschlossen. Die "Harten" orientieren sich eher an ständestaatlichen Vorstellungen und lehnen jede "Verwässerung" der Militärdiktatur ab. Einer der Repräsentanten der "Harten" ist der ehemalige Chef des Geheimdienstes DINA (jetzt CNI) Manuel Contreras, der für den Mord an dem Außenminister der Regierung der Unidad Popular, Letelier in Washington verantwortlich ist.

---

Einige linke Organisationen haben ihre Entscheidung, zur Stimmabgabe gegen die Vorlage der Regierung aufzurufen, im Schlepptau der Christdemokraten getroffen. Diesen fiel es leicht, sich als Führer der Opposition aufzuspielen, da ihnen von der Regierung ein gewisser Freiraum gegeben wurde. Die Rede des christdemokratischen Führers Frei im Theater Caupolicán, in der er eine aus Zivilisten und Militärs zusammengesetzte Regierung forderte, zeigt, wie wenig diese politische Gruppierung dem chilenischen Volk zu bieten hat. Bei dieser Forderung drängt sich der Gedanke an die "christdemokratische" Militärdiktatur in El Salvador auf... .

Im Rahmen der Mobilisierung vor der "Volksabstimmung" wurde deutlich, daß sich an der Basis unter breiten Schichten des Volkes der Prozeß zur Herstellung der Einheit entwickelt. Wenn man unterstellt, daß das Plebiszit die gesamte Opposition davon überzeugt hat, daß es innerhalb des Regimes keinen Demokratisierungsprozeß geben kann, könnte man die "Volksabstimmung" als einen Wendepunkt im Kampf gegen die Diktatur in Chile bezeichnen. Einige Entwicklungen der jüngsten Zeit laufen in diese Richtung. Beispielsweise hat sich die Kommunistische Partei Chiles in einer Stellungnahme für die Anwendung aller Kampfformen ausgesprochen. Auch wenn die Frage der Kampfformen nicht der zentrale Punkt ist, an dem sich unsere Politik von der der Kommunistischen Partei unterscheidet, handelt es sich ohne Zweifel um eine wichtige Entwicklung.

## Politik des US-Imperialismus in Lateinamerika

Es ist viel über mögliche Konsequenzen der Wahl Reagans für Lateinamerika spekuliert worden. Welche Bedeutung hat nach Eurer Meinung der Präsidentenwechsel in den USA für den Kampf in Chile und in ganz Lateinamerika?

Die Politik des nordamerikanischen Imperialismus ist nicht an der Person oder der Partei des jeweiligen Präsidenten festzumachen. Es handelt sich hier ganz entscheidend um wirtschaftliche und geopolitische Interessen des nordamerikanischen Kapitalismus, die sowohl von der Demokratischen wie der Republikanischen Partei - mehr oder weniger - wahrgenommen werden. Wir haben aus diesen Gründen vor vier Jahren keine Hoffnungen auf Carter gesetzt, im Unterschied zu anderen Orga-

---

nisationen der chilenischen Linken, die glaubten, daß die Wahl Carters einen tiefen und positiven Wandel der Lateinamerikapolitik der USA bedeuten würden - der Präsident der USA sozusagen in der Rolle des Antiimperialisten.

Von dieser allgemeinen Aussage ausgehend, muß man allerdings auch feststellen, daß es innerhalb des nordamerikanischen Imperialismus Widersprüche gibt und unterschiedliche Taktiken entwickelt werden. Mit der Wahl Reagans wird zwar keine qualitative Veränderung eingeleitet, aber doch eine Verhärtung der amerikanischen Lateinamerikapolitik. Auch wenn Wahlkampfaussagen immer mit Vorsicht zu genießen sind, zeichnet sich schon ab, daß Reagan eine härtere Politik gegenüber Kuba verfolgen wird und daß er unter Umständen nicht vor eine unmittelbaren und massiven Intervention der USA in Mittelamerika zurückschreckt. Allerdings sollte man hier nicht vergessen, daß auch Carter z.B. die Diktatur in El Salvador in vielfältiger Weise unterstützt hat. Reagan wird die Diktaturen der Südspitze Lateinamerikas, d.h. auch Chile, die gewisse Schwierigkeiten mit der sogenannten Menschenrechtspolitik Carters hatten, noch stärker stützen. Innerhalb der bestehenden Lateinamerikapolitik der USA ist von der Wahl Reagans zum Präsidenten eine Verhärtung zu erwarten. Das hat auch einen Einfluß auf die reaktionärsten Kräfte in den lateinamerikanischen Ländern, die nun glauben, der Zeitpunkt sei für sie gekommen, noch brutaler vorzugehen, wie es bereits in der jüngsten Entwicklung in El Salvador deutlich wird.

Gibt es noch einen Punkt, der in unserem Gespräch zu kurz gekommen ist, den Du abschließend betonen möchtest?

Ich will noch einmal darauf hinweisen, daß der kontinentale Kampf in Lateinamerika ein zentrales Element unserer Politik ist. Die lateinamerikanischen Völker sind durch ihre gemeinsame Geschichte und Sprache sowie vor allem durch den gemeinsamen Feind - im 19. Jahrhundert die Spanier und heute der US-Imperialismus - eng verbunden. Aus diesem Grund verstehen wir den Kampf in Chile als einen Teil des gesamten revolutionären Kampfes in Lateinamerika. Der Sieg in Nicaragua hatte und hat für uns eine sehr große Bedeutung und wir rufen jetzt auch zur bedingungslosen Solidarität mit dem Volk von El Salvador auf, dessen Kampf ein über Lateinamerika hinausgehendes Gewicht besitzt.

---

# Bericht von einer Reise nach Chile

Einkommensverhältnisse

In den Armenvierteln von Santiago

- Landbesetzung in La Bandera -

Im Wohnungsbauministerium

Arbeitsbedingungen

Gewerkschaften

Rolle der Kirche

Menschenrechtsgruppen

Volksküchen

Arbeitslosenbörsen

Gesundheitswesen

Peñas

Internationaler Frauentag

Gefangene und Verschwundene

Bürgerliche Kräfte als Bündnispartner ?

---

Von Februar bis März 1980 haben wir eine Reise nach Chile gemacht. In dem folgenden Bericht sind ohne Anspruch auf Vollständigkeit die Informationen und Eindrücke zusammengestellt, die wir in Gesprächen mit Vertretern des Widerstandes, mit Menschen aus verschiedenen Schichten der Bevölkerung gewonnen haben.

Wir können nicht von spektakulären Kämpfen und großen Erfolgen im Kampf gegen die Diktatur berichten. Stattdessen wollen wir über das Leben unter dem Militärregime informieren und auf die alltäglichen Formen des Widerstandes und der politischen Kleinarbeit aufmerksam machen, die Voraussetzung jedes größeren Erfolges sind.

Die chilenische Arbeiterbewegung ist das Rückgrat des Widerstandes gegen die Diktatur. Leider konnten wir uns nur aus zweiter Hand über die Situation in Betrieb und Gewerkschaft informieren. Die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der chilenischen Arbeiterklasse haben durch den Putsch vom 11.9.1973 und den folgenden staatlichen Terror schwere Niederlagen erlitten. Sie waren gezwungen, unter den Bedingungen der Diktatur im Untergrund ihre Reihen neu zu formieren und wiederaufzubauen. Obwohl es zur Zeit keine gemeinsame Strategie der linken Kräfte zum Sturz der Militärdiktatur gibt und die Verbindungen der Exilführungen mit den Organisationen im Lande nach wie vor schwierig sind, haben wir insgesamt doch den Eindruck gewonnen, daß es der Militärdiktatur auch nach über sieben Jahren nicht gelungen ist, den Widerstand der chilenischen Arbeiterklasse zu brechen. Die politischen Parteien arbeiten in der Illegalität weiter, und es ist gelungen, neue gewerkschaftliche Strukturen zu entwickeln. Gemessen an den Zielen 'Sturz der Diktatur' und 'soziale Revolution' mag das noch wenig sein, aber gemessen an der Schwere der Niederlage, die die Arbeiter- und Massenbewegung erlitten hat, handelt es sich um einen wichtigen politischen Erfolg. Um das richtig beurteilen zu können, wollen wir noch einmal an die Opfer der Militärdiktatur in Chile erinnern<sup>+) :</sup>

- in den ersten Monaten nach dem Putsch wurden ca. 30 000 Menschen ermordet;
- es gibt 650 Verschwundene, deren Fälle 100%ig dokumentiert sind, wahrscheinlich liegt die Zahl der Verschwundenen aber über 2000. Es ist zu befürchten, daß sie ermordet wurden.

---

<sup>+)</sup> Angaben nach Schätzungen von Amnesty international

- 
- es gibt (oder gab) 6000 - 8000 politische Gefangene,
  - ca. 1 Million Chilenen - das sind ungefähr 10 % der Bevölkerung! - mußten ins ausländische Exil fliehen.

## Einkommensverhältnisse

Wir haben aus verschiedenen Gesprächen und Angaben die Schätzung abgeleitet, daß eine 4-köpfige Familie monatlich umgerechnet ca. 900 - 1130 DM für ihren Lebensunterhalt benötigt. Vor diesem Hintergrund sind die folgenden Lohnangaben zu sehen. Wir haben sie nicht Statistiken entnommen, sondern in Gesprächen erfahren.

Der gesetzliche Mindestlohn beträgt ca. 136 DM im Monat. Allerdings sind - nach amtlichen Angaben - fast 13 % der Bevölkerung arbeitslos, weitere 4 % der Bevölkerung (ca. 150 000 Personen) sind im Rahmen des sogenannten Mindestbeschäftigungsplanes (Plan de Empleo Mínimo: PEM) beim Staat angestellt. In der Arbeitslosenstatistik werden sie normalerweise nicht mitgezählt, was die ohnehin schon beschönigenden Daten noch weiter verzerrt. Sie werden zu allen möglichen öffentlichen Arbeiten wie Reinigung, Müllabfuhr, Straßenbau u.a. herangezogen und erhalten monatlich noch nicht einmal die Hälfte des gesetzlichen Mindestlohns, nämlich ca. 50 DM. Eine Busbegleiterin, die die Reisenden ähnlich wie im Flugzeug auf den langen Strecken betreut, erzählte uns, daß sie 180 DM verdient und seit Monaten keinen freien Tag gehabt habe. Ein Hilfsarbeiter auf dem Bau verdient ca. 270 DM, das ist aber schon eine gute Bezahlung; ein Holzfacharbeiter 680 DM und ein Maurerpolier 900 DM. Eine privat beschäftigte Kindergärtnerin erzählte uns, sie verdiene ca. 545 DM im Monat; eine Krankenschwester im öffentlichen Dienst erhält 410 DM. Ein Lehrer mit 36 Schulstunden verdient ca. 364 DM. Die volle Arbeitszeit der Lehrer liegt in Chile allerdings bei 44 Schulstunden in der Woche! Die Bergleute in der großen Kupfermine Chuquicamata - sie liegt im Norden Chiles in der Atacama-Wüste - verdienen ohne Überstunden zwischen 200 und 400 DM im Monat.

Diese Angaben sind vor dem Hintergrund zu sehen, daß das chilenische Preisniveau durchaus dem unsrigen entspricht, bei vielen Waren aber auch darüber liegt. Die Schulkinder sind verpflichtet, mit Schuluniform bzw. -kleid und entsprechenden Schuhen zum Unterricht zu kommen. Die Kosten müssen die Eltern tragen, wie auch für



Schulbücher u.ä.. Eine solche Uniform kostet zwischen 30 - 40 DM, ein Paar Schuhe zwischen 40 und 50 DM. Diese Zahlen machen schon deutlich, daß eine große Zahl der Bevölkerung nicht in der Lage ist, mit ihrem Einkommen einen normalen Lebensunterhalt zu finanzieren. Ein Padre, mit dem wir gesprochen haben, erzählte uns, daß er als Friedhofsverwalter wisse, daß in seiner Gemeinde noch niemand vor Hunger gestorben sei, aber wovon viele Menschen leben, das könne er uns auch nicht sagen. Oft seien es junge Menschen mit Familie, die im Rahmen des Mindestbeschäftigungsplanes angestellt seien. Von diesem Entgelt könne niemand eine Familie ernähren.

Es gibt in Chile eine von der Regierung berechnete Inflationsrate (Indice de Precios al Consumidor: IPC), die automatisch den Löhnen zugeschlagen wird und als Basis für Lohnerhöhungen gilt<sup>4)</sup>. Allerdings entspricht der IPC in keiner Weise der inflationären Realität, sondern liegt regelmäßig unter der tatsächlichen Inflationsrate, so daß ohne zusätzliche Lohnerhöhungen ein ständiger Reallohnverlust droht. Beispielsweise gab die Regierung in einem Monat den IPC mit 2,1 % an, der Ökonom Cumsille kam dagegen auf eine Inflationsrate von über 6 % in diesem Monat.

Durch die Importpolitik der Regierung (drastische Senkung der Importzölle) gibt es praktisch alle Konsumartikel einschließlich ausländischer Autos auf dem Markt, die man auch bei uns findet. Für diejenigen, die das nötige Geld haben, erscheint dieser Zustand im Vergleich zu der Mangelwirtschaft in den letzten Monaten der Regierungszeit der Unidad Popular und unmittelbar danach als 'milagro económico', als Wirtschaftswunder. Andererseits vergrößert sich die Kluft zwischen 'Armen' und 'Reichen' zunehmend, der Prozeß der Verarmung nagt mittlerweile auch an traditionellen Mittelschichten (v.a. Angestellte und bestimmte Gruppen von Akademikern). In einem Gespräch bezifferte eine Mitarbeiterin der kirchlichen Einrichtung 'Vicaria de la Solidaridad' den Teil der Bevölkerung, der tatsächlich von dem Konsumangebot Gebrauch machen kann, auf ca. 10 %. Auf der anderen Seite haben wir Menschen gesehen, die sich ihre Nahrung aus den Mülltonnen in den Vierteln der Reichen zusammensuchen.

<sup>4)</sup> Eine Lohnforderung von z.B. 10 % bedeutet also nicht 10 % vom bisherigen Lohn zusätzlich, sondern 10 % des Inflationszuschlages (IPC) zusätzlich!

## In den Armenvierteln von Santiago

Die Callampas, die Armenviertel von Santiago, liegen wie ein Kranz um die 4 Mio. Stadt. Zusammen mit den Bewohnern der innerstädtischen Verfallsgebiete leben ca. 30 - 40 % der Einwohner in solchen Quartieren. Meist sind es Holzhütten in einheitlichem Baustil mit 2 Räumen. Die extremeren Formen, primitive Hütten aus Pappe, Holz



Elendsquartier in Santiago

und Wellblech, haben wir in Santiago nur noch vereinzelt gefunden - im Unterschied zu den Städten Valparaiso und Antofagasta, wo wir ihnen noch häufiger begegnet sind. Wir haben Plätze aufgesucht, wo früher solche Siedlungen zu finden waren. Heute sind dort freie Flächen oder Wohnblocks.

Was ist aus den Menschen geworden, die dort gelebt haben? Ein Sozialarbeiter hat uns durch die Elendsquartiere geführt und uns einige Zusammenhänge erklärt. Darauf stützt sich die folgende Schilderung.

Die Junta hat die schlimmsten Formen der Armensiedlungen, die Hütten aus Pappe, Holz und Blech in Santiago tatsächlich weitgehend beseitigt. Entscheidend ist vor allem aber: Sie sorgt dafür, daß keine neuen gebaut werden. Für die Menschen, die früher (d.h. vor dem Putsch) mangels Arbeitsmöglichkeiten auf dem Land in die Städte und vor allem nach Santiago geströmt waren, bestand der 'normale' Weg, sich Wohnraum zu beschaffen, vielfach darin, ein brachliegendes Stück Land zu besetzen und eine einfache Hütte darauf zu errichten. Diese Hütten wurden dann langsam verbessert und ausgebaut mit der Hoffnung, irgendwann auch den Segen der Stadtverwaltung zu erhalten. Das bedeutete z.B. in das Straßen- und Elektrizitätsnetz einbezogen zu werden. Eine solche Hoffnung war vor dem Putsch und auch in der Zeit vor der Allende-Regierung unter dem Christdemokraten Frei durchaus begründet. Heute gibt es jedoch keine 'spontanen' Landbesetzungen mehr. Jeder Versuch wird sofort im Keim erstickt, die Kräfte der staatlichen Ordnung, Polizei und Militär, schreiten rücksichtslos ein.

Die bestehenden besonders miserablen Siedlungen hat man schlicht abgerissen und mit Planierdraht den Boden eingeebnet. Die Bewohner wurden 'umgesetzt': Das kann beispielsweise bedeuten, daß man sie in Wohnblocks verpflanzt hat, die dann oft am anderen Ende der Stadt liegen, was für viele Menschen auch den Verlust der bisherigen Arbeitsstelle mit sich bringt, beispielsweise als Hausmädchen oder Gärtner in den Vierteln der Reichen, da die Entfernungen zu groß werden. Der Bau vieler dieser Wohnblocks wurde schon in der Allende-Zeit begonnen. Viele der Slumbewohner hat man aber auch einfach auf die Straße geworfen, und sie mußten versuchen, bei Verwandten, Freunden und Bekannten unterzukommen. So wurde uns berichtet, daß am Weihnachtstag 1978 die Bewohner einer solchen Siedlung auf Armeelastwagen verladen und abtransportiert wurden. Irgendwo in den nahen Bergen hatte man ein Zeltlager für sie errichtet. Die Siedlung wurde anschließend dem Boden gleichgemacht.

Die monatlichen Raten in den Wohnblocks sind nicht besonders hoch, gemessen aber am Einkommen der meisten Bewohner eben doch vielfach unbezahlbar. So kommt es, daß die Bewohner oft alle beweglichen Einrichtungsgegenstände verkaufen, um die Raten bezahlen zu können.

Grundsätzlich sind alle Wohnungen in den Armenvierteln, egal, ob Wohnblock oder Holzhütte, extrem überbelegt. Es ist vorge-

## Landbesetzung in La Bandera

Am 22. Juli 1980 besetzten etwa 250 obdachlose Familien ein unbebautes Grundstück der Siedlung La Bandera im Stadtteil La Granja in Santiago, um damit auf ihre Lage aufmerksam zu machen. Die Polizeikräfte griffen sofort ein und vertrieben die Besetzer. Sie verbrannten dabei die Zelte der Besetzer und schlugen Frauen und Kinder.

Eine Landbesetzung ist im heutigen Chile ein großes Risiko. Viele wurden im Fall von La Bandera verhaftet, einige verloren den Arbeitsplatz, als ihre Beteiligung an der Landbesetzung bekannt wurde. Bei einer von Gewerkschaftern auf 20% geschätzten Arbeitslosigkeit bedeutet das eine existentielle Bedrohung.

Die Landbesetzung von La Bandera muß vor dem Hintergrund des großen chilenischen Wohnungsmangels gesehen werden, der nach offiziellen Angaben auf 600 000 - 700 000 Einheiten beziffert wird. Davon sind ca. 3 Mio. Chilenen - das sind 27 % der Bevölkerung - betroffen. Die Obdachlosen haben sich in Santiago in dem 'Comité de pobladores sin casa' (Komitee der Siedler ohne Haus) zusammengeschlossen. Versuche, über die gesetzlich zuständigen Instanzen zu einer Lösung ihrer Probleme zu kommen, hatten keinen Erfolg. Der zuständige Minister weigerte sich, die Siedler zu empfangen, weil er ihre Organisation nicht anerkennen will.

Die Ereignisse um die Landbesetzung von La Bandera haben eine Welle der Solidarität mit den Betroffenen ausgelöst. Arbeiterorganisationen, andere Siedlerkomitees und Vertreter der Kirche gaben in Santiago öffentlich Unterstützungserklärungen ab. In einer Erklärung der 'Frente Unido de Trabajadores'(FUT)<sup>+</sup> heißt es abschließend:

"Die FUT fordert die Freilassung aller Personen, die wegen dieser Tatsachen (der Landbesetzung, d.V.) verhaftet wurden. Sie wiederholt ihre Anklage gegen die Ungerechtigkeiten, die ihre Grundlage in dem sozioökonomischen Modell haben. Dieses Modell führt zur Konzentration allen Reichtums bei einigen wenigen Privilegierten auf Kosten der großen Mehrheit der chilenischen Bevölkerung."

<sup>+</sup>Die 'Frente Unido de Trabajadores'(FUT) (Einheitsfront der Arbeiter) ist ähnlich wie die Nationale Gewerkschaftskoordination ein überbetrieblicher gewerkschaftlicher Zusammenschluß

kommen, daß in einer Hütte mit zwei Räumen vier Familien gelebt haben! Und das bei normalen Familiengrößen zwischen 5 und 10 Personen! Die Folgen solcher Wohnverhältnisse in sozialer, psychischer und hygienischer Hinsicht liegen auf der Hand. Wir wurden erinnert an die Schilderungen der Lebens- und Wohnverhältnisse von Arbeiterfamilien im frühkapitalistischen Europa, wie beispielsweise die von Friedrich Engels. Die Slums von Santiago brauchen hier keinen Vergleich zu scheuen. Freilich muß angemerkt werden, daß die chilenischen Verhältnisse im lateinamerikanischen Vergleich (etwa mit Lima, Bogota oder Rio) keineswegs zu den schlimmsten zählen!

Die Junta war und ist lediglich bestrebt, den optischen Eindruck in der Hauptstadt Santiago zu verbessern. An den Lebensbedingungen in den Armenvierteln hat sich dadurch nichts geändert. Durch die Überbelegung des vorhandenen Wohnraums haben sie sich vielmehr noch weiter verschlechtert. Die sozialen Konsequenzen des 'chilenischen Modells' treten in den Callampas in gebündelter Form auf. Für ganz Santiago betrug die - offizielle - Arbeitslosenquote Anfang 1980 ca. 13 %, die Beschäftigten des PEM nicht gerechnet. In manchen Siedlungen liegt sie dagegen bei 50 % und mehr. Die Folgen sind zerrüttete Familien; Frauen, die sich allein um ihre Kinder kümmern müssen, aber auch Kinder, um die sich überhaupt niemand mehr kümmert. Kinderarbeit, Kinderbettelei, Prostitution und Alkoholismus - auch bei Kindern und Jugendlichen - sind an der Tagesordnung. Oftmals sind es allein die Frauen, die durch Putzen, Waschen, als Dienstmädchen bei den Reichen, durch Prostitution, den Lebensunterhalt bestreiten, während die Männer arbeitslos sind.

Die selbständige Organisation der Bewohner der Armeinsiedlungen (Foblaciones) ist seit dem Putsch tot. Die Bewohner dieser Viertel waren wesentlich am erbitterten Widerstand gegen das Militär beteiligt. In La Granja, einem der Viertel, das wir besucht haben, mußte das Militär sogar Panzer einsetzen, um diesen Widerstand zu brechen. Freie Wahlen für die Vorstände der Nachbarschaftsvereinigungen gibt es nicht mehr, sie werden von oben eingesetzt, und sind gewöhnlich völlig inaktiv. Versuche einer selbständigen Organisation sind ständig in Gefahr, von Spitzeln durchsetzt zu werden. Was bleibt, ist die Nutzung vorhandener Organisationen wie Sportvereine oder kirchliche Einrichtungen.

---

## Im Wohnungsbauministerium

Wie sehen die Herrschenden die Probleme der Wohnungsnot? Wir haben uns im Ministerium für Wohnungs- und Städtebau erkundigt, ein Beamter gab uns einige Auskünfte.

Das Ministerium ist nicht mehr wie früher selbst Auftraggeber für Wohnungsbauten, sondern die Bauaufträge werden an private Firmen vergeben. 'Sehr Arme' würden einen Zuschuß für den Wohnungskauf erhalten, allerdings räumte der Beamte ein, daß damit nur ein ganz geringer Teil der Bedürftigen erfaßt werde.

Den Wohnungsfehlbestand bezifferte er für ganz Chile auf 600 000 Einheiten. Allein um dieses Defizit stabil zu halten, müßte man pro Jahr 55 000 neue Wohnungen bauen. Tatsächlich werden aber nicht mehr als 35 000 gebaut, mit der Folge eines ständig wachsenden Mangels.

Auf unsere Frage, ob es denn keine Versuche gebe, die städtische Wohnungsnot dadurch zu mildern, daß man die Ursachen der Landflucht bekämpfe und z.B. die Schaffung von Arbeitsplätzen in den Provinzen fördere, hatte der Beamte die einfache Antwort, daß es sich bei der Verstädterung um einen "natürlichen Prozeß der Entwicklung" handele. Regionale Förderungsprogramme gebe es nicht, man wolle den Firmen vielmehr helfen, in den urbanen Zentren alle Arbeitskräfte zu absorbieren. Er meinte, wenn europäische Metropolen wie London oder Paris in ihren Dezentralisierungsbemühungen gescheitert seien, wie sollte dann Chile bzw. Santiago erfolgreich sein. Die Regierung betreibe eine Politik der 'freien Marktwirtschaft', frei von allen Restriktionen: "Jede Firma kann entscheiden, wo sie investieren will, jeder Einwohner kann entscheiden, wo er arbeiten will." - Daß die 'Entscheidung' der Arbeitssuchenden davon abhängt, ob sie überhaupt bzw. wo sie Arbeit finden, ist natürlich ein ganz anderes Problem.

## Arbeitsbedingungen

Im Rahmen ihrer von dem amerikanischen Ökonomen Milton Friedman inspirierten Wirtschaftspolitik betreibt die Regierung im sozialen Bereich eine Politik drastischer Einsparungen und Rationalisierungen.

so z.B. im Gesundheitswesen. Ein wichtiges Instrument ist dabei der schon erwähnte Mindestbeschäftigungsplan (PEM). So werden z.B. staatliche Angestellte entlassen, und man bietet ihnen großzügig an, über den Mindestbeschäftigungsplan wieder eine Stelle zu bekommen, diesmal aber für 50 DM im Monat! Von diesem Verfahren sind auch höher qualifizierte Arbeitskräfte und Akademiker betroffen. Die meisten Betroffenen haben keine Chance, sich dieser drastischen Reallohnsenkung zu entziehen, da es für Personen, die einmal aus dem öffentlichen Dienst entlassen wurden, auf dem normalen Weg keine Möglichkeit der Wiederbeschäftigung im öffentlichen Dienst gibt. Auch in der Privatwirtschaft sind die Chancen für soziale Berufe ausgesprochen schlecht.

Gesetze über die Arbeitszeit existieren zwar, sie sind in der Praxis aber nur soviel wert, wie die Beschäftigten im konkreten Fall durchzusetzen vermögen, und das ist oft wenig. Es ist durchaus üblich (wie im Fall der erwähnten Busbegleiterin), daß Arbeitszeitregelungen vom Unternehmer systematisch umgangen werden. Wer nicht einverstanden ist, kann gehen.

Mitte letzten Jahres hat die Regierung ein neues Arbeitsstatut (Plan Laboral) erlassen. Das Ziel ist ziemlich unverhüllt, die gewerkschaftliche Organisation, die man nicht vollständig unterdrücken konnte, durch gesetzliche Regelungen soweit zu knebeln, zu spalten und zu atomisieren, daß sie unwirksam wird. So sind gewerkschaftliche Organisation und Tarifverhandlungen nur auf betrieblicher Ebene erlaubt. Unter bestimmten Bedingungen sind nach diesem Statut auch Streiks möglich. Nach einer vorgeschriebenen Verhandlungsphase dürfen die betrieblichen Gewerkschaftsvertreter zum Streik aufrufen. Allerdings kann der Unternehmer vom ersten Tag an Streikende entlassen und neue Arbeitskräfte einstellen. Die Höchstdauer eines Streiks ist gesetzlich auf 60 Tage festgelegt. Danach ist er illegal. Der Unternehmer hat dann auch das Recht, die gesamte Belegschaft zu entlassen, auszuwechseln oder den Betrieb zeitweilig zu schließen. Schließlich muß man noch berücksichtigen, daß es in Chile kein System von Streikkassen und gewerkschaftlichen Unterstützungszahlungen wie in der BRD gibt, wo ein Streik mit nur geringen materiellen Einbußen, v.a. aber nicht mit einer existentiellen Gefährdung verbunden ist. Die Streikenden sind immer auf ihre eigenen - geringen - Mittel und auf Solidaritätsspenden aus der Bevölkerung angewiesen.

---

Umso höher ist es zu bewerten, daß trotz solch widriger Umstände im letzten halben Jahr eine ganze Reihe von Streiks durchgeführt wurden. Sie sind Ausdruck der miserablen Lebensbedingungen der chilenischen Arbeiter, aber auch ein Ausdruck der schwindenden Angst und von wachsendem Selbstvertrauen. Es kam zu Streiks in Textilfabriken (bei Sumar u. Panal), in der Erdölindustrie, im Stahlwerk von Huachipato bei Concepcion und in kleineren Betrieben wie Pfizer und Goodyear in Santiago.

Zum bisher größten Streik seit dem Putsch hat sich die Arbeitsniederlegung von bis zu 10 000 Bergarbeitern in der zweitgrößten Kupfermine 'El Teniente' in der Nähe von Santiago ausgeweitet.<sup>+) Die regierungsfreundliche Gewerkschaftsführung von 'Teniente' war nicht in der Lage, den Ausstand zu verhindern. Die großen Minen gehören der staatlichen Gesellschaft CODELCO, die ihrerseits vom Militär kontrolliert wird. Im Fall von 'El Teniente' wurde der Belagerungszustand verhängt und eine Reihe aktiver Gewerkschaftler entlassen. Die ursprüngliche Forderung der insgesamt 8 Gewerkschaftsgruppen lautete 55 % mehr (auf der Basis des IPC!), das Angebot der Firma lag bei 4 %. Die Gewerkschaften reduzierten ihre Forderung im Lauf der Verhandlungen auf 35 %, CODELCO erhöhte das Angebot schließlich auf 9 %, und dabei blieb es! Die volle Auszahlung der 9 % wurde noch zusätzlich von einer bestimmten Steigerung der Produktivität abhängig gemacht. Ende Februar - der Streik hatte am 18. Januar begonnen - stimmten 7 Gewerkschaftsgruppen für die Annahme des Angebots von CODELCO, die Mitglieder der achten Gruppe - Sewell y Minas - stimmten allerdings gegen ihre Führung für Ablehnung.</sup>

Das Ergebnis des Streiks bei 'El Teniente' ist typisch auch für die übrigen Arbeitsniederlegungen: Materiell haben die Arbeiter nirgendwo ihre Forderungen durchsetzen können, sie mußten letztlich das Unternehmerangebot akzeptieren. Aber die gemachten Erfahrungen werden sich zweifellos positiv für die weitere Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung auswirken. Die Auseinandersetzung mit dem Arbeitsstatut (Plan Laboral) ist dabei von großer Bedeutung. Der Plan Laboral ist ein Bestandteil des Prozesses der Institutionalisierung der Diktatur. Er geht von der Tatsache aus, daß es der

---

+) Die Angaben über den Streik bei 'El Teniente' haben wir der Zeitschrift 'Solidaridad' Nr. 87 entnommen.



Junta trotz aller Unterdrückungsmaßnahmen nicht gelungen ist, die Gewerkschaftsbewegung völlig zu zerschlagen, und daß auch ihre Neuformierung nicht wirksam verhindert werden konnte. Mit dem neuen Arbeitsstatut soll der gewerkschaftlichen Aktivität ein legalistisches Korsett angelegt und diese damit unwirksam gemacht werden. Inwieweit dieses Ziel erreicht werden kann, hängt vom Widerstandswillen und der Kraft der chilenischen Arbeiterklasse ab.

## Gewerkschaften

Wir haben schon angesprochen, daß die Bedingungen gewerkschaftlicher Organisation und Arbeit nicht mit unseren Verhältnissen zu vergleichen sind. Einen gesetzlichen Schutz, sei er auch noch so ungenügend und relativ, gibt es praktisch nicht. Aktive Gewerkschaftler sind ständig von Entlassung bedroht, innerbetrieblich versucht man sie durch die Organisation der Arbeit zu isolieren usw.. Wie erwähnt, ist gewerkschaftliche Organisation zunächst nur auf betrieblicher Ebene erlaubt. Diese Betriebsgewerkschaften können dann entscheiden, ob und welchem größeren Verband sie sich anschließen wollen. Zur Zeit gibt es 5 solcher Verbände, von denen einer als regierungsfreundlich eingestuft wird.

Ende 1978 hatte die Junta 'überfallartig' Gewerkschaftswahlen durchgeführt, sie reagierte damit auf ausländischen Druck, v.a. aus Kreisen der amerikanischen AFL-CIO<sup>\*)</sup>. Um kein Risiko einzugehen, waren kurz vorher 7 Verbände mit der Begründung verboten worden, sie seien 'marxistisch ausgerichtet'. Sie gehörten der 'Coordinacion Nacional Sindical' (CNS) an, einer Koordinationsgruppe oppositioneller Gewerkschafter, die 1978 gebildet wurde. Sie wird zur Zeit geduldet und hat auch in diesem Jahr eine wichtige Rolle bei der Organisation und Durchführung der Aktionen zum Frauentag und zum 1. Mai gespielt. Ziel der staatlich verordneten Gewerkschaftswahlen war, regimefreundliche Vorstände zu schaffen. Um einen Erfolg in diesem Sinn sicherzustellen, wurden die genannten 7 Verbände verboten und weitere Vorsichtsmaßnahmen getroffen:

Freitagnachmittags wurde angekündigt, daß die Wahlen am Dienstag der folgenden Woche stattfinden würden! Die Vorbereitungszeit sollte so kurz wie möglich sein. Wählbar war nur, wer 5 Jahre Betriebszugehörigkeit in einem Privatunternehmen nachweisen konnte und wer in

\*) amerikanischer Gewerkschaftsdachverband

den vergangenen 10 Jahren nicht für politische Ämter kandidiert und keiner politischen Partei angehört hatte. Für die Schulung der so ausgesiebten neuen Funktionäre hatte die Hans-Seidel-Stiftung der CSU ihre Unterstützung angeboten. Mit der Juntainstitution 'Institut für gewerkschaftliche Studien' wurde ein Kooperationsabkommen geschlossen, um 'politisch neutrale' Gewerkschaften aufzubauen. Finanziert werden die Kurse von der Hans-Seidel-Stiftung.

Die auf die beschriebene Weise durchgeführten Wahlen umfaßten schließlich nur ca. 13 % der chilenischen Werktätigen! Allerdings stellten sich die gewünschten Erfolge trotz aller Bemühungen nicht ein. Es wurden mehrheitlich kämpferische, fortschrittliche Arbeiter gewählt, die bisher wenig bekannt und hervorgetreten waren. Dadurch, daß die bekannteren Arbeiterführer entweder ermordet wurden, im Gefängnis sitzen, ins Ausland fliehen mußten oder durch die Bestimmungen der verordneten Gewerkschaftswahlen an einer Kandidatur gehindert wurden, ergeben sich allerdings Probleme für die neu gewählten Vorstände: Sie werden von Arbeitern gebildet, die in Fragen der gewerkschaftlichen Organisierung und Verhandlungsführung noch völlig unerfahren sind.

Ein Gesprächspartner, der die Verhältnisse im Bereich der Landarbeitergewerkschaft aus eigener Erfahrung gut kennt, schilderte uns die Auswirkungen des neuen Arbeitsstatuts in diesem Bereich. Danach gibt es keinen Unterschied zwischen Arbeitern und Landarbeitern mehr. Damit ist verbunden, daß es nur noch auf der Ebene landwirtschaftlicher Betriebe (Fundo) Gewerkschaften geben darf. Voraussetzung ist, daß auf dem Fundo mindestens 9 Landarbeiter beschäftigt sind. Tariffähig gegenüber dem Fundobesitzer ist die Gewerkschaft allerdings erst, wenn sie mindestens 15 Mitglieder besitzt. Auf vielen Fundos ist es nicht möglich, diese Voraussetzungen zu erfüllen. Unser Gesprächspartner schätzte, daß von den Fundos, wo es überhaupt Gewerkschaften gibt, nur 22 % kollektive Verträge abschließen können. In den übrigen Fällen müssen die Landarbeiter einzeln mit dem Fundobesitzer die Arbeitsverträge aushandeln.

Gegenüber den Verhältnissen vor dem Putsch sind das einschneidende Verschlechterungen: Vorher hatten die Landarbeiter das Recht, ihre Gewerkschaften frei zu wählen und sich auf örtlicher Ebene zusammenzuschließen. Diese örtlichen Verbände waren wiederum gegenüber allen örtlichen Fundobesitzern tariffähig. Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist die Zahl der gewerkschaftlich organi-

---

sierten Landarbeiter von vorher 250 000 auf 50 000 gesunken. Die Bildungsarbeit der Gewerkschaft, die früher von den Fundobesitzern finanziell teilweise mitgetragen werden mußte, kann heute nur noch in bescheidenem Umfang mit Hilfe ausländischer Spenden aufrechterhalten werden.

Dieses Beispiel macht noch einmal deutlich, welche Ziele mit dem 'Plan Laboral' verfolgt werden:

Die gewerkschaftliche Bewegung, die nicht völlig zerschlagen werden konnte, soll zersplittert und geknebelt werden, damit der Druck der Arbeiterschaft nicht wirksam werden kann.

## Rolle der Kirche

Die katholische Kirche verfügt in Chile über großen Einfluß. Bisher hat die Militärdiktatur keine direkte Konfrontation mit ihr gewagt. Für den Widerstand gegen die Diktatur ist das humanitäre Engagement der Kirche von großer Bedeutung. Allerdings hängen die konkreten Formen dieses kirchlichen Engagements von der jeweiligen Einstellung der lokalen Kirchenoberen ab. So deckt z.B. der im Rahmen der Kirche liberale Kardinal von Santiago, Silva Henriquez, die Arbeit der 'Vicaría de la Solidaridad'. In der Hafenstadt Valparaiso, wo der örtliche Kirchenobere politisch rechts steht, ist die Arbeit der 'Vicaría' in dieser Form nicht möglich.

Die 'Vicaría de la Solidaridad' (Solidaritätsvikariat) ist eine Institution der katholischen Kirche, sie kümmert sich um die politischen Gefangenen, um deren Angehörige, um die Armen in den Elendsquartieren, um die Kinder und Arbeitslosen. Im Rahmen dieses humanitären Engagements unterstützt die 'Vicaría' Volksküchen, 'Polykliniken' in den Slums, sie organisiert eine sogenannte Arbeitslosenbörse und Feriencamps für die Kinder der Armen. Von der 'Vicaría' stammt auch eine mittlerweile auf 7 Bände angewachsene Dokumentation über die Verschwundene. Darin werden für jeden Fall biographische Angaben gemacht und die Umstände des 'Verschwindens' geschildert. Die Arbeit der 'Vicaría' wird von den staatlichen Stellen geduldet, wohl in erster Linie, weil sie von einflußreichen Kirchenleuten gedeckt wird. Allerdings kommt es schon vor, daß die Mitarbeiter durch nächtliche Telefonanrufe belästigt werden, und man versucht, ihre Kinder einzuschüchtern, wie uns eine Mitarbei-

---

terin schilderte. Versuche der Einschüchterung haben in jüngster Zeit stark zugenommen.

Die 'Vicaria' gibt die Zeitschrift 'Solidaridad' heraus, von der wir bereits gesprochen haben. Sie erscheint zur Zeit mit einer Auflage von ca. 25 000 Exemplaren und wird von einem festen Journalistenstamm in Santiago erstellt. In den Beiträgen wird über die sozioökonomische Lage der Arbeiter, der Armen, der Arbeitslosen usw. berichtet, es gibt Berichte über die Probleme im Gewerkschaftsbereich, über Streiks oder über Aktionen wie z.B. zum Internationalen Frauentag am 8. März. Natürlich wird auch über kirchliche und religiöse Belange berichtet. Die 'Solidaridad' gehört jedoch zu den wenigen legalen (d.h. geduldeten) Presseerzeugnissen, in denen man überhaupt Nachrichten über die Lage der Massen und über die Opposition gegen die Diktatur finden kann.

## Menschenrechtsgruppen

In vielen Orten sind sogenannte Menschenrechtsgruppen entstanden. Sie sind ein Versuch, den Widerstand in den verschiedenen legalen und halblegalen Bereichen zu koordinieren. Aktivisten aus verschiedenen Bereichen wie Gewerkschaften, Gesundheitswesen, Kultur etc. schließen sich hier zusammen. Oft sind kirchliche Gruppen der legale Rahmen und Schutz dieser Gruppen. Genossen in Valparaiso haben uns erklärt, daß sie ihre Arbeit in der Menschenrechtsguppe auf drei Bereiche konzentrieren:

- Gewerkschaften: Da es wie erwähnt im gewerkschaftlichen Bereich das Problem der Zersplitterung und Atomisierung gibt, wird der Versuch gemacht, die Vertreter kleinerer Gewerkschaften zu sammeln. So wurden in Valparaiso über 50 Gruppen zu einem Treffen eingeladen. Daß schließlich 10 kamen, wurde von den Genossen als Erfolg gewertet.
- Soziales: Hier geht es vor allem um die Koordinierung und Unterstützung der Arbeit in den Volksküchen und der medizinischen Versorgung der Armen ('Polykliniken').
- Kultur: Hierzu gehört die Unterstützung von Peñas und allgemein die Förderung der Volkskunst (Musik, Handwerk u.ä.).

---

Alle genannten Bereiche sind auf die Tagesbedürfnisse und -nöte der Menschen bezogen. Diese Nöte wurden durch die staatliche Repression in vielen Bereichen unerträglich gesteigert, z.B. durch die Zerstörung wirklicher Selbstverwaltungsorgane in den Poblaciones (Siedlungen). Neben dem sozialen und humanitären Aspekt sind aber alle genannten Einrichtungen und Formen auch Sammelpunkte des Widerstandes, Treffpunkte, Orte des Meinungsaustauschs und des politischen Lernens. Und es sind Orte der Verankerung der politischen Kader in den Massen.

Freilich gibt es auch Probleme. Die Massaker des Militärregimes nach dem Putsch haben bei einem großen Teil der Massen die gewollte lähmende Angst erzeugt. Auch wenn diese Angst heute deutlich nachgelassen hat, ist ihre Wirkung noch zu spüren. Mitglieder der Menschenrechtsgruppe in Valparaiso wurden in einer Poblacion mit Stöcken empfangen, als sie das Gespräch mit den Bewohnern suchen wollten. Diese hatten Angst, in der Folge Opfer staatlicher Repressionsmaßnahmen zu werden. Andere Schwierigkeiten beziehen sich auf die Zusammenarbeit politisch unterschiedlich orientierter Menschen im Widerstand. Vor der jetzigen Gruppe existierte in Valparaiso eine Menschenrechtsgruppe mit starkem Einfluß der Kommunistischen Partei Chiles. Aus Gründen, die wir nicht in Erfahrung bringen konnten, zerfiel diese Gruppe. Die nicht zur KP gehörenden Genossen entschlossen sich, in einer im Rahmen der Kirche parallel entstandenen Gruppe mitzuarbeiten und sich dort Einfluß zu verschaffen. Die Genossen der KP allerdings haben diesen Schritt nicht vollzogen und sich in diesem Bereich selbst isoliert.

## Volksküchen

Volksküchen (Comedores Infantiles) sind Einrichtungen in den Armenvierteln, in denen vor allem Kinder, die zu Hause nichts oder nur unregelmäßig zu essen bekommen, deren Eltern Probleme haben, die Ernährung der Familie sicherzustellen oder um die sich überhaupt niemand mehr kümmert, Frühstück und Mittagessen erhalten. Der Anstoß für diese Einrichtung kam meistens von außen, mittlerweile werden sie aber von den Betroffenen - das sind meist die Mütter der Kinder, die dort essen - selbst organisiert. Initiator war in vielen Fällen die 'Vicaría de la Solidaridad', die nach wie vor die Volks-

küchen unterstützt, aber auch eine gewisse Kontrolle ausübt. In Santiago werden von den Volksküchen ca. 18 000 Kinder betreut. Wie schon erwähnt, sind die Volksküchen nicht nur EBplätze, sondern auch Treffpunkte für Kinder, Jugendliche, aber auch Erwachsene. Die 'Vicaria' hat das Konzept der Volksküchen weiterentwickelt und organisiert Feriencamps für Kinder, deren Eltern sich keinen Urlaub leisten können.



Speiseraum in einer Volksküche

In Santiago haben wir eine solche Volksküche besucht. Mit ca. 250 betreuten Kindern handelte es sich dabei um eine der größten in der Stadt. In der näheren Umgebung gibt es 10 weitere Einrichtungen dieser Art. Es finden regelmäßige Treffen der Mitarbeiter der Volksküchen in dieser Gegend statt. Bevor ein Kind aufgenommen wird, erkundigen sich die Verantwortlichen der Volksküche, ob wirklich Bedürftigkeit vorliegt. Jedes Kind muß sich einer regelmäßigen Gesundheitsuntersuchung unterziehen und pro Woche umgerechnet 10 Pfennig Beitrag zahlen. Es gibt allerdings Kinder, die diese 10 Pfennig nicht aufbringen können oder die die Gesundheitsuntersuchung versäumt haben. Die Frauen in der Volksküche erzählten uns, daß hier ein Konflikt zwischen ihnen und dem zuständigen Pfarrer liege. Letzterer möchte die Kinder, die die Auflagen nicht erfüllt haben, aus der Volksküche ausschließen, die Frauen sind dagegen. Der Pfarrer habe auch angedroht, die Volksküche vorübergehend zu schließen (sie befindet sich in den Räumen der kirchlichen Gemeinde), wozu er

---

als Begründung 'unsoziale' Verhaltensweisen der Kinder angeführt habe.

In der Regel erhalten die Kinder Frühstück und Mittagessen, hungrige Erwachsene bekommen ebenfalls Essen, wenn sie darum bitten. Die Frauen in der Volksküche, die wir besucht haben, haben in der Woche für die 250 Kinder 2 kg Fleisch und 150 Eier. Allerdings gibt es nur dann tatsächlich Fleisch, wenn es jemand günstig besorgen kann, da das Geld nicht ausreicht, um normal beim Metzger einzukaufen. Ein Bäcker schenkt ihnen altes Brot. Aufbacken können sie das harte Brot allerdings nicht, weil das Gas für den Kocher zu teuer ist. Manchmal schenken ihnen die Händler auf dem Markt auch etwas Gemüse. Grundnahrungsmittel in der Volksküche sind Nudeln, Maisbrei und Bohnen.

Probleme gibt es bei der Beteiligung der Mütter an der Arbeit über die ganze Woche. Viele Familien sind zerrüttet oder existieren nicht mehr, viele Mütter kümmern sich unter dem Druck der Not nicht mehr um ihre Kinder. Diese Mütter beteiligen sich auch nicht an der Arbeit der Volksküche. Auch hier gibt es Konflikte mit dem Pfarrer. Dieser möchte, daß nur die Kinder versorgt werden, deren Mütter sich auch an der Arbeit beteiligen. Die aktiven Frauen sind dagegen und kümmern sich auch um die Kinder, deren Mütter sich nicht an der Arbeit der Volksküche beteiligen.

## Arbeitslosenbörsen

In verschiedenen Gegenden Santiagos haben sich sogenannte Arbeitslosenbörsen gebildet, wo sich Arbeitslose zusammenschließen, um auf gemeinschaftliche Weise ihren Lebensunterhalt zu sichern. Es handelt sich um kleine Werkstätten, die oft in kirchlichen Räumen in den Armenvierteln eingerichtet sind. Dort werden handwerkliche und künstlerische Produkte hergestellt, z.B. die Stoffbilder (arpilleras), die auch bei uns bekannt sind. Die 'Vicaria' stellt das benötigte Material zur Verfügung, kauft für eine bestimmte Summe monatlich fertige Produkte auf und vertreibt sie über ihre Einrichtungen. Diese Arbeitslosenbörsen sind in besonderem Maße auch Treffpunkte; Orte, wo sich die Arbeitslosen organisieren, wo sie über ihre Probleme reden können und versuchen, sie gemeinsam zu verarbeiten. In Santiago sind ca. 2000 Personen in solchen Arbeitslosenbörsen orga-

nisiert (Stand 1978); es sind die politisch bewußteren Arbeitslosen, die sich hier zusammenschließen. Ansätze zu organisierter Zusammenarbeit mit den gewerkschaftlichen Vertretern der 'Coordinadora Sindical' sind vorhanden.

Der erwähnten Volksküche, die wir besucht haben, war eine solche Arbeitslosenbörse angegliedert. Konkret ist das ein Raum mit zwei Webstühlen und einigen Bänken. Dort waren Frauen der umliegenden Siedlung mit der Herstellung von Stoffbildern beschäftigt, zwei Männer arbeiteten an den Webstühlen. Sie erzählten uns, daß die 'Vicaria' pro Person und Monat für ca. 50 DM Produkte aufkauft und weiterverreibt. Die Mitglieder dieser Arbeitslosenbörse kümmern sich auch um andere Probleme ihrer Siedlung. So hatten sie sich ein Programm für die Schulkinder vorgenommen. Es sollte ermittelt werden, wieviel Schulkinder es überhaupt in der Siedlung gibt, wieviel davon wirklich in die Schule gehen, und es sollte sichergestellt werden, daß wirklich die Ärmsten die - geringen - Zuschüsse des Ministeriums bekommen.

Die Mitglieder der Börse, mit denen wir gesprochen haben, haben berichtet, sie hätten schon öfter Besuch von Ausländern gehabt - darunter auch Vertreter von Chile-Komitees - die viel versprochen, aber nichts gehalten hätten: "Wenn sie zurück sind, haben sie die Armen Chiles vergessen." Sie konnten auch nicht verstehen, daß die Stoffbilder, für die die Frauen pro Stück ca. 15 - 20 DM bekommen, in Europa wesentlich teurer verkauft werden, bei uns kosten sie ca. 40 DM. Zumindest war ihnen nicht klar, was mit den Überschüssen geschieht, welche politische Arbeit o.ä. damit finanziert wird.

Während unseres Besuches in der Volksküche/Arbeitslosenbörse erschien auch eine Gruppe amerikanischer Frauen (vermutlich von einer Wohltätigkeitsorganisation), geführt von einer Vertreterin der 'Vicaria'. Frauen und Kinder mußten sich im Halbkreis gruppieren, um fotografiert zu werden. Ein Arbeiter in der Arbeitslosenbörse erklärte, das sei der neue 'Tourismus der Armut'. "Wenn sie fotografieren wollen, warum gehen sie nicht in den Zoo? Warum fotografieren sie, wenn sie doch nicht die Wahrheit sagen wollen?" Er meinte weiter, daß die Armut in Chile kein lokales, sondern ein grundsätzliches Problem sei: "Um das zu ändern, muß man das ganze politische System umstellen. Die Einheit ist die wichtigste Voraussetzung."



---

## Gesundheitswesen

Das chilenische Gesundheitssystem ist noch weitgehend staatlich organisiert.

Die staatliche Krankenversorgung ist gemessen an unseren Maßstäben äußerst mangelhaft. Außerdem gibt es eine große Zahl von Menschen, die weder von dem staatlichen System erfaßt werden (Arbeitslose, Straßenhändler usw.) noch sich eine teure private Versorgung leisten können. Der Zwang, zum Arzt gehen zu müssen, wird dadurch erhöht, daß grundsätzlich allen Medikamenten, die man in Apotheken kaufen kann, die Hinweiszettel für Gebrauch und Dosierung entnommen sind.

Im Rahmen ihrer ökonomischen Politik ist die Junta bestrebt, die Kosten der staatlichen Gesundheitsversorgung zu senken mit der längerfristigen Perspektive einer generellen Privatisierung. In diesem Zusammenhang ist die Entlassung von 4700 Bediensteten des staatlichen Gesundheitswesens zu sehen, die im Februar dieses Jahres vorgenommen wurde. Es handelt sich dabei um medizinische Hilfskräfte, Laborpersonal, aber auch um Schwestern und Ärzte. Die offizielle Begründung lautet lakonisch: 'Rationalisierung' und 'Unfähigkeit' der Entlassenen. Genossen haben uns berichtet, daß durch die Entlassungswelle die gewerkschaftliche Organisation in diesem Bereich praktisch zerstört worden sei. Jeder habe Angst, daß es ihn als nächsten treffen könnte. Die Stellen der Entlassenen werden zu einem kleinen Teil mit Personen neu besetzt, die entweder über den Mindestbeschäftigungsplan eingestellt werden, die eine geringere Qualifikation besitzen oder weniger Dienstjahre hinter sich haben, in jedem Fall also billiger sind.

Die drohende Privatisierung der Gesundheitsversorgung bedeutet eine enorme Steigerung der Kosten, wodurch sie für einen großen Teil der Bevölkerung unerschwinglich würde. Bereits jetzt gibt es in den Armenvierteln kleine Gesundheitsstationen ('Polykliniken'), die sich um diejenigen kümmern, die nicht von der staatlichen Versorgung erfaßt werden und sich eine private nicht leisten können. Diese 'Polykliniken' werden auch von der 'Vicaria' unterstützt und haben wie die schon erwähnten Einrichtungen (Volksküchen, Arbeitslosenbörsen) die Doppelfunktion, zugleich Treff-

---

punkte und Zentren der Kommunikation zu sein.

## Peñas

In Chile existiert noch eine Volkskunst, die diesen Namen weitgehend verdient. Es handelt sich dabei um Musiker, Gedichteschreiber, Theatergruppen oder auch handwerkliche Künstler, die mit ihrer Tätigkeit noch tief in den Traditionen, im Denken und Fühlen der Massen verankert sind. Und es gab schon immer eine enge Verbindung zwischen dieser Volkskunst und dem politischen Lied, Gedicht etc..

In diesen Zusammenhang gehören auch die Peñas. Das sind Orte, Lokale, Cafes u.ä., wo Sänger, Liedermacher, Poeten, Theatergruppen auftreten. Die Peñas haben schon eine längere Tradition. Früher waren es hauptsächlich die Freizeittreffpunkte von linken Intellektuellen. Während der UP-Zeit wurden sie aber im eigentlichen Wortsinn populär, sie öffneten sich der breiten Bevölkerung. Die Verbindung von Volkskunst und politischem Engagement und den Charakter einer in der Bevölkerung verwurzelten Institution haben die Peñas bis heute weitgehend bewahrt. Soweit wir erfahren konnten, werden sie von der Diktatur gegenwärtig geduldet, was nicht ausschließt, daß man solchen Einrichtungen ständig Schwierigkeiten macht. Die Peña spielt im kulturellen Bereich eine ähnliche Rolle wie Volksküchen etc.: Sie ist Treffpunkt und halblegale Form der Sammlung des politischen Widerstandes.

Wir haben in Valparaiso eine Peña besucht, die von Genossen aus verschiedenen politischen Organisationen betrieben wird. Sie wollen allen Künstlern, von denen viele arbeitslos sind, die Möglichkeit des Auftretens geben. Bisher konnten sie aber den Auftretenden noch nichts zahlen, da sich die Kosten der Peña gerade über den Verkauf von Getränken decken. Die Kosten für Miete und Lizenz betragen ca. 700,- DM im Monat. Um den Behörden möglichst wenig formale Ansatzpunkte für Störung oder Schließung der Peña zu geben, haben die Genossen die weitestgehende und damit auch die teuerste Lizenz genommen.

Sie berichteten uns von Schwierigkeiten mit der örtlichen Organisation der Kommunistischen Partei. Als stärkste Organisation der Linken dominiert sie das kulturelle Leben der Stadt, zwei weitere Peñas werden von der KP geführt. Unsere Gesprächspartner

---

stellten die Vermutung an, daß aus Kreisen der Kommunistischen Partei des Gerücht ausgestreut werde, in der von uns besuchten Peña verkehrten 'Geheimdienstagenten' und 'Terroristen' (damit sind die Angehörigen des MIR <sup>1)</sup> gemeint). Ziel sei es, Besucher abzuschrecken und die Peña finanziell auszutrocknen. Alles, was die KP nicht selbst kontrolliere, versuche sie zu boykottieren. Wir konnten diese Vermutung nicht überprüfen. Sollte sie richtig sein, würde sich ein wenig rühmliches Bild von der Politik der KP unter den Bedingungen der Militärdiktatur ergeben.

## Internationaler Frauentag

Verfolgung und Terror nach dem Putsch hatten das Ziel, die Massen längerfristig einzuschüchtern und ihre Aktivität zu lähmen. Dieses Ziel wurde zu einem wesentlichen Teil erreicht. Zwar schwindet die psychische Wirkung des Terrors langsam, aber es ist ein langer Prozeß, in dem die Menschen die Angst überwinden. Kleinste Widerstandskaktionen werden im Keim erstickt. So wurde uns berichtet, daß sich an der Pädagogischen Fakultät der Universität am Putsch-Jahrestag die christlichen Studenten Trauerkleidung anlegten. Sie wurden umgehend verhaftet.

Trotzdem gibt es aber immer wieder kleine und auch größere Aktionen des Protestes gegen die Diktatur. Im letzten Jahr wurden erstmals wieder eine größere Kundgebung <sup>2)</sup> und Aktionen zum Internationalen Frauentag durchgeführt. Die Aktionen zum Frauentag werden von allen linken Gruppen getragen; auch wenn die KP den größten Einfluß besitzt, ist es keineswegs deren Parteiangelegenheit. Auch zum diesjährigen Frauentag waren Aktionen geplant. Die Gewerkschafter der 'Coordinadora Nacional Sindical' (CNS) hatten dazu aufgerufen, am 8. März Kundgebungen durchzuführen.

---

1) Movimiento de Izquierda Revolucionario: Bewegung der revolutionären Linken

2) Der diesjährige 1. Mai konnte nicht als Straßendemonstration durchgeführt werden. In den Lateinamerika-Nachrichten 82, Juni 1980 ist ein Bericht veröffentlicht.

Die Antwort der Regierung war Verbot. Sie argumentierte, der Internationale Frauentag sei eine kommunistische Erfindung und deswegen seien alle Aktionen anlässlich dieses Tages illegal. Im übrigen habe die chilenische Frau genug Stolz und Ehre, sich nicht an solchen Aktionen zu beteiligen.

Am Abend des 8. März waren wir in Valparaiso. Als wir auf die Straße traten, waren überall Menschen. Es war kein Demonstrationzug, aber es drängten sich deutlich mehr Menschen als normal auf den Gehsteigen. Und überall standen Gruppen von Polizisten, zu viert oder fünft. In wenigen Minuten hatten wir über 30 Polizisten gezählt. Bis wir schließlich die Plaza erreicht hatten, wo die Kundgebung stattfinden sollte, war schon alles vorüber. Eine Teilnehmerin, mit der wir anschließend gesprochen haben, berichtete, die Polizei habe sofort eingegriffen. Die Demonstranten hätten sich auf der ganzen Plaza verstreut versammelt, Flugblätter verteilt und Parolen gegen die Junta gerufen. Die Polizei habe sich vor allem



Valparaiso: Eine Demonstrantin wird festgenommen

solche Personen herausgegriffen, die ihr bereits irgendwie bekannt waren. Unsere Gesprächspartnerin war der Meinung, die Polizei sei trotz allem vergleichsweise vorsichtig vorgegangen (im Unterschied zu früheren Aktionen). Eine US-Bürgerin, die völlig unberechtigt ebenfalls festgenommen wurde, ließ man sofort wieder frei; die Rücksichtnahme auf ausländische Reaktionen spiele eine nicht zu unterschätzende Rolle. Die Genossin war auch optimistisch hinsichtlich der Verhafteten. Nach ihrer Meinung kämen sie nach einigen

Tagen wieder frei und würden - von Geldstrafen abgesehen - nicht weiter verfolgt, weil die Regierung im Ausland kein Aufsehen erregen wolle. Sie schätzte die Aktion als einen Erfolg ein, als einen Ausdruck der schwindenden Angst. Vor 4 Jahren sei eine solche Aktion noch nicht möglich gewesen. An Manifestationen dieser Art beteiligen sich in starkem Maß Hausfrauen und Jugendliche. Wir haben uns diese Tatsache so erklärt, daß Jugendliche (v.a. Schüler und Studenten) meist noch keine Familie zu versorgen haben; sie haben den Terror nach dem Putsch nicht so direkt miterlebt und sind daher eher bereit, Risiken einzugehen. Die Hausfrauen sind diejenigen, die den Lebensunterhalt der Familien zu organisieren haben und die die materiellen Verschlechterungen am deutlichsten zu spüren bekommen. Bei den berufstätigen Männern spielt dagegen eine Rolle, daß die Teilnahme an solchen politischen Demonstrationen den Verlust der Arbeitsstelle mit sich bringen kann, unter den Bedingungen hoher Arbeitslosigkeit eine existentielle Gefahr.

Am Vorabend des 8. März fand in der Peña, die wir besucht haben, eine Veranstaltung zum Internationalen Frauentag statt. Die Bühne war mit Bildern von Pablo Neruda, Violetta Parra und Victor Jara sowie einem Transparent mit der Aufschrift 'Dia International de la Mujer' (Internationaler Tag der Frau) geschmückt. Der kleine Raum war mit ca. 100 Personen bis auf den letzten Platz gefüllt. Es waren zumeist jüngere Zuhörer und Frauen aller Altersstufen. An diesem Abend traten auch Künstler aus anderen Peñas auf. Lieder und Gedichte, die die Kritik an der Diktatur besonders klar zum Ausdruck brachten oder die das Schicksal der Verschwundenen und Ermordeten zum Thema hatten, wurden vom Publikum mit lauter Zustimmung bedacht. Diese Veranstaltung fand kurz nach den Ereignissen auf der Plaza statt. Sie ist ein Ausdruck der gegenwärtigen Situation, in der der Protest insoweit geduldet wird, als er sich nicht öffentlich manifestiert.

In Santiago fand zur gleichen Zeit wie in Valparaiso eine ähnliche Aktion statt. In der Zeitschrift 'Solidaridad' Nr. 88 wurden unter dem Titel "8. März - Brot, Rosen ... und Verhaftungen" die Ereignisse so geschildert:

"Außer den Menschen, die am 8. März 1980 auf die Straße gingen, sah man im Zentrum der Hauptstadt ein großes Polizeiaufgebot. Uniformierte und zivile Beamte, sowie eine große Zahl von Frauen des Sicherheitsdienstes waren mit verschiedenen Fahrzeugen unterwegs, mit Polizeimotorrädern, Polizeibussen, aber auch mit

normalen Bussen und Taxis.



Demonstration zum Internationalen Frauentag im Zentrum von Santiago

Zwei Demonstrationzüge marschierten bis zur Alameda. Über die Straßen Manuel Rodriguez und Brasil kamen sie an den 'Platz der Helden'. Bald aber waren die Demonstranten in einem größeren Gebiet vom 'Platz der Helden' bis zur Plaza Italia zu sehen, hauptsächlich auf den Straßen Ahumada, Estado und Huerfanos.

Der alte Gewerkschaftsführer Clotario Best wurde in seiner Wohnung durch Zivilbeamte festgehalten, die sich nicht ausgewiesen hatten. Sie kamen um 10 Uhr 20 in das Haus des Gewerkschaftsführers und hielten sich dort 2 Stunden auf, ohne einen Befehl der Justiz oder der Verwaltungsbehörde vorweisen zu können.

Die Sicherheitskräfte verhafteten 110 Menschen. Die 66 Männer wurden zum 9. Polizeirevier gebracht, die Frauen wurden im 1. untergebracht. ... Bei Redaktionsschluß wurde bekannt, daß die Männer in einen Hungerstreik getreten sind, um ihre Forderung nach Freilassung und ihre Solidarität mit den verhafteten Frauen auszudrücken."

Wir haben später erfahren, daß die Verhafteten eine Woche lang festgehalten wurden, der größere Teil wurde dann freigelassen. Eine Gruppe - nach offiziellen Angaben 12 Personen - wurde jedoch ent-

sprechend einer neuen gesetzlichen Regelung in die Verbannung geschickt. D.h., sie werden gezwungen, bis zu einem Vierteljahr in irgendeinem entlegenen Ort zu bleiben. Erst im März 1978 hoben die



Verbannte grüßen aus dem Polizeiwagen

Behörden in Chile den Belagerungszustand und die nächtliche Ausgangssperre weitgehend auf. Der Ausnahmestand blieb allerdings weiter bestehen und wurde nach einer 6-monatigen Verlängerung im letzten Jahr in diesem Jahr um weitere 6 Monate verlängert. Die Verbannungsregelung gibt dem Innenminister das Recht, 'zersetzende Elemente' für 3 Monate in entlegene Gegenden zu schicken oder sie unter Hausarrest zu stellen. Bei solchen Maßnahmen muß man immer in Rechnung stellen, daß die Betroffenen in den meisten Fällen ihren Arbeitsplatz verlieren.

Wie ist es den Verbannten ergangen? Die Zeitschrift 'Solidaridad' berichtet in der Nr. 93 (Mitte Mai 1980) unter der Überschrift 'Verbannte - das andere Exil' über das Schicksal der Verbannten. Aus diesem Bericht geht hervor, daß die Junta ihr Ziel nicht erreicht hat, die von dieser Maßnahme Betroffenen einzuschüchtern und zu isolieren. Wir geben im folgenden einige Passagen des Artikels zusammengefaßt wieder:

Die Mehrheit der Verbannten hat in den Dörfern, wohin man sie geschickt hat, eine große Solidarität durch die dortigen Bewohner erfahren. Sie wurden von ihren neuen Nachbarn unterge-

---

bracht, zum Essen eingeladen, und soweit wie möglich hat man ihnen auch eine Arbeit im Rahmen des Mindestbeschäftigungsplanes (PEM) verschafft. Die Erfahrungen und Erlebnisse der Verbannten in den zumeist sehr armen Dörfern haben sie in ihrer Haltung bestärkt. "Diese Leute - sagte einer der Verbannten - haben mir gezeigt, daß wir recht haben, daß wir uns auf dem richtigen Weg befinden ...", ein anderer sagte: "Durch die Verbannung bin ich gewachsen. Ich spüre immer mehr, daß unser Kampf richtig ist. Wir sind nicht ruhiger geworden, im Gegenteil, unser Wunsch zu kämpfen, ist noch größer geworden."

Allerdings hatten nicht alle Verbannten die Möglichkeit, in dieser Form mit der Bevölkerung in Kontakt zu kommen. Einer wurde nachts im Zimmer seiner Unterkunft von der Polizei eingesperrt. Er durfte im Dorf mit niemandem reden, außer, das Gespräch wurde im Polizeirevier geführt. Ein anderer durfte sich nur im Umkreis des Polizeireviers bewegen.

## Gefangene und Verschwundene

Anfang Februar dieses Jahres fand in einem Gefängnis der Hauptstadt Santiago ein Aufstand Gefangener statt. Nach Presseberichten waren daran 300 Gefangene beteiligt. Nach 1 1/2-stündigen Kämpfen wurde der Aufstand mit Waffengewalt niedergeschlagen. Über die genaue Zahl der Opfer haben wir nichts erfahren können, sicher ist, daß es Tote gegeben hat. Wir haben 2 Wochen nach den Ereignissen mit Vertretern der 'Vicaria' gesprochen, die uns erklärten, daß bis zu diesem Zeitpunkt noch kein Rechtsanwalt ihrer Einrichtung Zutritt zu den Gefangenen erhalten habe. Der Aufstand wurde von politischen Gefangenen organisiert, man hat sie mittlerweile in verschiedene andere Gefängnisse verlegt. In der chilenischen Presse wurde die 'Vicaria' der Rädelsführerschaft bei dem Aufstand angeklagt, ein Versuch, ihre Arbeit zu diskreditieren.

Die Angriffe auf die Tätigkeit der 'Vicaria' haben sich in den letzten Monaten verschärft. Verschiedene Gebäude der Einrichtung wurden beschossen und Mitarbeiter eingeschüchtert. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung - auch in Chile in den entsprechenden Kreisen ein 'angesehenes' Blatt - hat in einem Bericht von Martin Gester diesen Angriffen neue Munition geliefert: Unter Berufung auf



Informationen von 'Christdemokraten' wird scheinheilig behauptet, 80% der Beschäftigten der 'Vicaria' seien 'Marxisten' (im herrschenden Vorverständnis ist das ohnehin fast jeder Gegner der Diktatur), wohl wissend, was das für das humanitäre Engagement der 'Vicaria' bedeuten kann! Einsatz für die Menschenrechte à la Frankfurter Allgemeine Zeitung! (Vgl. FAZ vom 15.7.1980).

Nach dem Putsch hatte die Militärjunta Gefangenenlager eingerichtet, teilweise in den unwirtlichsten Regionen des Landes, so im fast antarktischen Süden oder in verlassenen Siedlungen der Salpeterminen in der Atacama-Wüste des Nordens. Heute stehen diese Gefangenenlager leer. Wir konnten uns durch Augenschein davon überzeugen, daß z.B. das berühmte Lager 'Chacabuco' in der Atacama-Wüste tatsächlich nicht mehr belegt ist. Es ist jedoch noch immer als militärischer Sperrbezirk ausgewiesen, mögliche Wiederverwendung ist nicht ausgeschlossen. Die politischen Gefangenen wurden in 'normale' Gefängnisse überführt, an ihrer Lage hat sich dadurch kaum etwas geändert.

Einen besonderen Fall stellen die 'Verschwundenen' dar. Es handelt sich um Personen, die verhaftet wurden und seitdem spurlos verschwunden sind. Die Regierung erklärt, sie wisse nichts über



"Wo ist meine Tochter?"

deren Verbleib. Der Forderung nach Aufklärung des Schicksals der Verschwundenen versuchten im vergangenen Jahr Angehörige durch Hungerstreiks in Kirchengebäuden in verschiedenen chilenischen Städten Nachdruck zu verleihen. Ähnliche Solidaritätsaktionen fanden auch in Europa statt. Es besteht die begründete Vermutung, daß viele dieser Verschwundenen ermordet wurden. Ende 1978 wurden in der Kalkmine von Lonquen in der Nähe von Santiago die Leichen von 17 Landarbeitern gefunden, die von der Polizei gefoltert und ermordet worden waren. Mittlerweile wurden weitere solcher geheimen Massengräber gefunden. Schuldige gibt es nicht mehr, da die Diktatur die Verbrechen zwischen 1975 - 1978 amnestiert hat.

Wir haben bereits erwähnt, daß die 'Vicaria' eine Dokumentation über die Verschwundenen erstellt hat, die mittlerweile auf 7 Bände angewachsen ist. Neben den darin erfaßten und 100 % dokumentierten ca. 650 Fällen gibt es weitere ca. 2000 Personen, über deren Verbleib und Schicksal nichts bekannt ist.

## Bürgerliche Kräfte als Bündnispartner ?

Die chilenische Militärdiktatur hat ökonomisch eine Verbindung von ausländischem und inländischem Großkapital zur Grundlage. Folge davon ist eine extreme Konzentration von Kapital und politischem Einfluß in den Händen weniger Familien, die in Verbindung mit ausländischem Kapital Ökonomie und Politik kontrollieren. Das herrschende ökonomische Konzept beinhaltet auch eine Zurückdrängung der für den inländischen Markt produzierenden Klein- und Mittelindustrie, die Förderung der Exporte in bestimmten Bereichen (vor allem Rohstoffe) und eine entscheidende Erleichterung für Importe aus dem Ausland.

Durch diese ökonomische Politik der Junta geraten zunehmend Teile der einheimischen Klein- und Mittelbourgeoisie unter Druck. Insbesondere sind es aber traditionelle Teile des Kleinbürgertums wie Staatsangestellte und bestimmte Sektoren der Intelligenz, die durch die Verschärfung ihrer materiellen Lebensbedingungen objektiv näher an die Arbeiterklasse und die Massen der städtischen Armut gerückt werden. Daraus ergeben sich neue Möglichkeiten von Bündnissen auf der Grundlage des Klassenkampfes. Inwieweit diese Möglichkeiten schon entwickelt sind und auch ihre sub-

---

jektive Entsprechung in den Reihen des Kleinbürgertums haben, können wir nicht entscheiden. Wir haben Sympathisanten der Christdemokratischen Partei getroffen, die praktisch die gleiche Arbeit machen wie Mitglieder linker Organisationen und die auch ein klares Bewußtsein von der Polarisierung in der chilenischen Gesellschaft haben. Solche Formen der praktischen Zusammenarbeit, die sich unter den Bedingungen der Diktatur oft ganz selbstverständlich ergeben, sind aber etwas ganz anderes als die Bündnisabsichten, die insbesondere von der Kommunistischen Partei an die Christdemokraten als Partei herangetragen werden.

Die Christdemokratische Partei (PDC) ist nicht die Partei des Kleinbürgertums. Im Unterschied zu ihrer weitgehend kleinbürgerlichen Mitglieder- und Sympathisantenbasis vertritt die PDC politisch die Interessen eines Teils der chilenischen Bourgeoisie: Jenes Teils, der stärker auf den Binnenmarkt orientiert ist und durch die Wirtschaftspolitik der Diktatur, die exportorientiert und auf eine Liberalisierung der Importe (Zollsenkungen) ausgerichtet ist, benachteiligt wurde.

Sicher scheint uns zu sein, daß der Teil der Klein- und Mittelbourgeoisie, der selbst nicht unmittelbar von der Verarmung bedroht ist, nicht für ein Bündnis gewonnen werden kann, das den Klassenkampf nicht ausschließt. Dieser Teil wäre zu einer Zusammenarbeit mit den linken Organisationen nur bereit, wenn er die Führung hat und die Linken garantieren, daß die chilenischen Massen ihre sozialen Forderungen auf unbestimmte Zeit zurückstellen. Vor diesem Hintergrund sind die Bündnisprojekte der KP und von den Teilen der Sozialistischen Partei um Almeyda zu sehen. Die Problematik solcher Bündniskonzepte können wir hier nicht weiter verfolgen, Parallelen mit ähnlichen Konzepten im Kampf gegen den Faschismus in Europa fallen jedoch auf. +)

Wir wollen an dieser Stelle die Denkweise beschreiben, so wie sie uns in Chile in einer Reihe von Gesprächen begegnet ist, die wir mit Menschen führen konnten, die der Mittel-, z.T. auch der

---

+ ) Wir weisen auf zwei Broschüren der Gruppe Arbeiterpolitik hin, die sich mit europäischen Erfahrungen des Kampfes gegen den Faschismus beschäftigen:  
- August Thalheimer: Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus (1932)  
- Volksfrontpolitik, ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens (1935 - 1939)

Oberschicht zugerechnet werden müssen. In Chile ist - wie in allen kapitalistischen Ländern der 3. Welt - die Trennungslinie zwischen diesem Teil der Gesellschaft und dem Proletariat und den Massen der Armut in Stadt und Land materiell und vor allem bewußtseinsmäßig extrem scharf ausgeprägt. Auch wenn die unteren Schichten des Kleinbürgertums zunehmend unter Druck geraten, hatten wir doch den Eindruck, daß sich auch der ärmste Kleinbürger noch zum 'besseren' Teil der Gesellschaft rechnet. Wir haben in den genannten Kreisen niemanden getroffen, der die Politik der Militärregierung offen unterstützt hätte, allerdings auch niemanden, der offen seine Opposition bekundet hätte. Wir konnten weder aus diesen Gesprächen noch aus anderen sichtbaren Anzeichen den Schluß ziehen, daß die Diktatur gegenwärtig eine breitere Basis in der Bevölkerung hätte.

Ein Hauptmerkmal im Denken dieser Leute läßt sich so beschreiben:

Die Angst vor einer möglichen Linksentwicklung in der chilenischen Gesellschaft überwiegt bei weitem Kritik und Opposition gegenüber der Junta. Die Militärdiktatur erscheint dabei als das kleinere Übel. Zwar träumt das Kleinbürgertum von bürgerlich-parlamentarischen Verhältnissen wie während der Regierungszeit des christdemokratischen Präsidenten Frei, Allendes Vorgänger, aber es gibt keinerlei konkrete Vorstellungen, wie das zu erreichen wäre.

Die Zeit der Unidad Popular, insbesondere in der letzten Phase, ist dagegen mit traumatischen Erinnerungen an Chaos, Lebensmittelknappheit und teilweise auch direkter Lebensbedrohung verbunden. Dabei ist es zweitrangig, ob dieses Gefühl, das eigene Leben sei bedroht gewesen, eine reale Grundlage hat oder nicht. Entsprechend wird auch - trotz aller vorsichtigen Kritik an der Diktatur - der Militärputsch vom 11. September 1973 grundsätzlich gerechtfertigt. Er erscheint als Rettung vor Anarchie, Chaos und kommunistischer Unterdrückung. Die Zahlen über die Opfer des Putsches werden allgemein als ausländische Propaganda und maßlos übertrieben abgetan. Zwar habe es 'einige' Tote gegeben, das sei aber bei so einem Ereignis normal und passiere überall auf der Welt. Und wenn es darum geht, wer wen umbringt, dann ist es diesen Leuten schon lieber, es kommt so, wie es gekommen ist.

Für große Teile des Kleinbürgertums stellen die Arbeiterklasse und die Massen der Armut eine dauernde Bedrohung dar. Daß diese Massen Forderungen erheben und versuchen könnten, sie auch

---

durchzusetzen, wird als Drohung mit dem eigenen Ruin empfunden. Die Sicherung einer kleinbürgerlichen Existenz, gerade auch in Zeiten, wo diese materiell bedroht ist, schließt für den größten Teil unserer Gesprächspartner aus diesem Milieu immer noch die Erfüllung der Ansprüche der unteren Klassen aus. Aus dieser Bewusstseinsverfassung resultieren geradezu abenteuerliche Formen der Abgrenzung und der Verdrängung. Man verschließt die Augen vor der Realität der Armut und des Elends. Es war erschreckend festzustellen, wie wenig die Bewohner der 'besseren' Viertel über die Lebensbedingungen in den Callampas und über das Denken der dort lebenden Menschen wußten. Direkt darauf angesprochen, wird die Armut jedoch gerechtfertigt: Die Armen sind selber schuld, sie sind faul, unzuverlässig und meistens betrunken. Das sei eben die 'Lebenseinstellung' vieler Chilenen. Daß die 'maßlosen' Forderungen dieser Leute unterdrückt werden müssen, ergibt sich daraus von selbst.

Freilich wäre der Eindruck falsch, das Kleinbürgertum sei als Ganzes Opfer der ökonomischen Politik der Junta. Besonders jener Teil, der im spekulativen Sektor (im weitesten Sinn) engagiert ist, z.B. in Banken oder im Baugeschäft, profitiert von der gegenwärtigen Situation, die ihm als 'Wirtschaftswunder' erscheint. Das Sozialprodukt steigt jährlich um 7 - 8 %, die Steuern werden gesenkt, freilich nur bestimmte: solche, die den Unternehmern und Wohlhabenden im Wege sind wie Auto-, Import- und Einkommenssteuern. Umgekehrt werden Grundnahrungsmittel wie Brot und Milch seit einiger Zeit mit einer 20%igen Steuer belastet, wie uns ein Padre erzählte. Aber im Unterschied zu früheren Zeiten kann man heute in Chile mit dem entsprechenden Geld alle Konsumartikel kaufen, die es auch in den USA oder in Europa gibt.

Der Inhaber eines Baugeschäftes verriet uns schließlich auch die Lösung für das Problem der Armut: Den Reichen müsse es noch viel besser gehen, damit dann ein Teil des Wohlstandes in die unteren Gesellschaftsschichten abfließen könne. Wir bezweifeln, daß diese Menschen darauf warten werden.

# Parteienstiftungen in der BRD und die Aktivitäten der Hanns-Seidel-Stiftung der CSU in Chile

Mit den Stiftungen der politischen Parteien (SPD: Friedrich-Ebert-Stiftung; CDU: Konrad-Adenauer-Stiftung; FDP: Friedrich-Naumann-Stiftung; CSU: Hanns-Seidel-Stiftung) existieren in der BRD Institutionen, wie sie in vergleichbarer Form in keinem anderen kapitalistischen Industrieland zu finden sind. Entwicklungspolitiker anderer Länder beneiden die BRD um die politischen Stiftungen als Instrumente lautlosen, aber umso wirksameren Handelns.

Die Stiftungen sind regierungsunabhängig, sie werden aber aus dem Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit durch  feste Zuweisungen  finanziert. Dadurch ist die Verwendung der Gelder nicht mehr im einzelnen zu verfolgen, obgleich das Parlament die Tätigkeit der Stiftungen kontrollieren soll. Die von den Stiftungen verfolgten Interessen orientieren sich allerdings ausschließlich an den entsprechenden Parteien. Die Grundlage für die Tätigkeit der Stiftungen besteht in der grundsätzlichen Übereinstimmung der derzeitigen Bundestagsparteien mit den Interessen des westdeutschen Kapitals und dessen gewachsener Bedeutung auf dem Weltmarkt.

In ihrem Bericht zur Entwicklungspolitik beschrieb die Bundesregierung Ende 1973 die Rolle der Parteienstiftungen:

"Die politischen Stiftungen arbeiten eng mit Parteien, Gewerkschaften und ähnlichen Institutionen zusammen, um politische und soziale Schlüsselgruppen in diesen Ländern zu aktivieren und zu stärken. ... Partner der politischen Stiftungen in den Entwicklungsländern sind private Organisationen wie Gewerkschaften, Genossenschaften, Parteien, Jugendorganisationen, Landarbeiter- und Bauernorganisationen, Journalistenverbände, öffentliche Einrichtungen wie Rundfunkgesellschaften und Universitäten sowie Regierungen und internationale Organisationen." (Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung, in: Zur Sache 4/1974)

Die Parteienstiftungen sollen Pionierarbeit für die Expansion des westdeutschen Kapitals auf Weltebene leisten. Dabei setzen die Stiftungen für ihre Tätigkeit entsprechend der dahinterstehenden Parteiinteressen unterschiedliche Schwerpunkte:

"Die Praxis der(Friedrich-Ebert-)Stiftung in Lateinamerika könnte man mit der folgenden These beschreiben: Die geförderten Projekte sind ihrem Charakter nach umso fortschritt-

licher, je autoritärer die politischen Strukturen des jeweiligen Landes und je entschiedener folglich die Partnerorganisationen dort in die Opposition verbannt sind. Mit zunehmender Wandlung der jeweiligen Verhältnisse und damit wachsender Machtnähe jener Gruppierungen werden diese von der Friedrich-Ebert-Stiftung unterstützten Projekte dann auch immer unmittelbarer zu Vehikeln westdeutscher Wirtschafts- und Politikinteressen gemacht - bis zu dem Punkt, wo gegenüber einer regierenden Partnerpartei, z.B. seinerzeit gegenüber der Accion Democratica in Venezuela, die Friedrich-Ebert-Stiftung direkt als Kontaktinstanz für westdeutsche Multis benutzt wird." (Saarbach, S.; Einige Aspekte der aktuellen Lateinamerika-Politik der Sozialdemokratie, in: Lateinamerika - Analysen und Berichte 4, Westberlin 1980)

Die Hanns-Seidel-Stiftung der CSU sieht demgegenüber ihre Aufgabe eher in der Zusammenarbeit mit 'autoritären Regierungen'. Für ihren Geschäftsführer Siegfried Lenge ist durch den guten Kontakt zwischen Strauß und Pinochet die Möglichkeit gegeben, "dort etwas zu schaffen, was positiv wäre für die Arbeitnehmer". So bot sich die Stiftung an, die aus den überfallartig organisierten betrieblichen Gewerkschaftswahlen Ende 1978 hervorgegangenen Vertreter im Sinne der Militärdiktatur zu schulen. Mit der Einrichtung der Militärregierung 'Institut für Gewerkschaftsstudien' wurde ein Abkommen geschlossen, wonach die Hanns-Seidel-Stiftung die Tätigkeit dieses Instituts finanziell und fachlich unterstützt. Der Generalsekretär des Regierungs-Instituts Luis Leiva Perez erklärte dazu:

"Die Hanns-Seidel-Stiftung wird die gewerkschaftliche Weiterbildung der neuen Funktionäre finanzieren und sicher einige Normen dafür angeben. Die Philosophie und die Planung bleiben jedoch in der Hand des Instituts." (Frankfurter Rundschau 25.11. 1978: Seidel-Stiftung in Chile aktiv)

Der damalige westdeutsche Botschafter in Santiago - Erich Strätling - hielt das Vorhaben für "sehr förderungswürdig" und das Auswärtige Amt hatte "keine politischen Bedenken". Der SPD-Entwicklungshilfeminister Offergeld erklärte zu der Forderung der Hanns-Seidel-Stiftung, ihr Chile-Projekt mit 2,4 Mio. DM öffentlicher Gelder zu unterstützen: "Ich bin fest entschlossen, von mir kriegen die keinen Pfennig." (Stern v. 27.12. 1978)

Was man angesichts der Praxis fester, nicht weiter aufgeschlüsselter Zuweisungen an die Parteienstiftungen von dieser 'Entschlossenheit' halten soll, bleibt Offergelds Geheimnis. Immerhin erhält die Hanns-Seidel-Stiftung jährlich einen Betrag von 16 Mio. DM aus der von Offergeld verwalteten Staatskasse.

---

In der Mitgliederzeitung der IG Metall wurde die Aussage eines chilenischen Gewerkschafters aus einem Metallbetrieb in Santiago zu den Schulungen der Hanns-Seidel-Stiftung wiedergegeben:

"Zwei Drittel des Seminarinhalts hatten mit meiner Aufgabe als Arbeitervertreter nichts zu tun. Da fallen sie erst einmal kräftig über die Allende-Politik und unsere Gewerkschaften, sowie den verbotenen zentralen Gewerkschaftsverband (CUT) her. Dann erklären sie, daß Wirtschaft mit Politik überhaupt nichts zu tun hat; die Wirtschaft bewege sich nach dem freien Spiel der Kräfte." (Metall 9/79: Mit CSU-Hilfe auf Junta-Kurs?)

Die Hanns-Seidel-Stiftung der CSU ist durch ihre Unterstützung **des** von der Militärregierung gesteuerten 'Instituts für Gewerkschaftsstudien' an der Politik der Diktatur beteiligt, die Gewerkschaften zu spalten und zu atomisieren und ideologisch auf den Kurs der Militärdiktatur zu bringen.



Für ihre Tätigkeit in Chile kann die Hanns-Seidel-Stiftung der CSU, die guten Kontakte zwischen Franz Josef Strauß und Augusto Pinochet, weiter nutzen.



Strauß und Pinochet 1977, während der Chile-Reise von Strauß, im Süden des Landes, einer stark von deutschen Einwanderern geprägten Region.

# Eine Druckerei für den Widerstand!

Unter den harten Bedingungen des Untergrundes entwickelt sich in Chile der Volkswiderstand weiter. Die sogenannte Volksbefragung vom 11. September 1980 zeigt nur zu deutlich den Willen der Diktatur, sich für unbegrenzte Zeit an der Macht zu halten.

Immer deutlicher wird es für die gesamte Opposition, daß es in Chile keinen Demokratisierungsprozeß und auch keinen bedeutenden Wechsel innerhalb der Diktatur geben wird.

Im Kampf gegen die Diktatur spielen die Untergrundpresse und die Untergrundpropaganda eine bedeutende Rolle: Über sie wird die Kontrolle der Diktatur über die Massenmedien überwunden, sie verbreiten und vermitteln dem ganzen Volk die Erfahrungen des Widerstandes und ermöglichen eine Koordination des Kampfes, sie informieren über den Kampf anderer Völker und die internationale Solidarität, sie sind das wichtigste Element in der notwendigen ideologischen Auseinandersetzung innerhalb der Linken.

Um die Arbeit unserer Untergrundpresse in Chile zu verstärken, haben wir uns die Aufgabe gestellt, diese mit den Mitteln für eine Druckerei zu unterstützen. Eine Aufgabe, für die wir auch die Unterstützung der internationalen Solidarität benötigen.

**EINHEIT FÜR DEN SIEG !**

Die internationale Solidarität stärkt den Widerstand !

Spenden an:

**chile gemeinschaft**

BfG: Frankfurt BLZ 500 10111

**KONTO: 15 76 399 000**

Nidacorso 6 6000 Ffm 50

Stichwort: Druckerei

PARTIDO SOCIALISTA DE CHILE (cnr)  
1980

# INDOAMERICA

HOY: UNIMOS Y ORGANIZAMOS, MAÑANA: VENCEREMOS!!!!

ENERO 1980

## UNIDAD PARA VENCER !!



Untergrundzeitung der Sozialistischen Partei Chiles (CNR)

Titel der Januarausgabe 1980, der Text lautet:

«Heute vereinen und organisieren wir uns – morgen werden wir siegen!  
Einheit für den Sieg!»